

Stenographisches Protokoll.

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 13. Dezember 1951.

Verhandlungen.	Inhalt.
	Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (445 und Zu 445 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 (461 d. B.).
	Spezialdebatte:
	Gruppe X: Kapitel 24: Verkehr, Kapitel 28, Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen (Fortsetzung).
	Redner: Lackner (S. 2885), Hartleb (S. 2894), Nedwal (S. 2897), Voithofer (S. 2898), Hinterndorfer (S. 2903) und Spezialberichterstatter Aigner (S. 2904).
	Gruppe XI: Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 16: Finanzverwaltung, Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen (mit Ausnahme der Titel 2 und 5), Kapitel 27: Monopole, und Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt.
	Spezialberichterstatter: Grubhofer (S. 2905); Redner: Honner (S. 2908);
	Ausschußentschließungen, betreffend Finanzierung öffentlicher Bauten nach Schluß des Finanzjahres, betreffend Auskunfterteilung der Finanzämter über die Friedensmietzinse an die Mieter, betreffend restliche Angleichung der Altpensionisten, betreffend Aufhebung der Gewerbesteuerfreiheit für Bundes- und Monopolbetriebe und betreffend

Verwendung der bei der Zensur einzusparenden Beträge für die Erfüllung von Ansprüchen politisch Verfolgter (S. 2907).

Abstimmungen:

Annahme der Gruppen VII, VIII, IX und X des Bundesvoranschlags 1952 (S. 2908);

Annahme der Ausschußentschließungen zu den Gruppen VIII, IX und X des Bundesvoranschlags 1952 (S. 2908).

Eingebracht wurden:

Anträge der Abgeordneten

Kysela, Marchner, Aigner, Zechtl, Appel, Populorum, Draxler, Preußler u. G., betreffend Abänderung des Wohnungsanforderungsgesetzes 1949 (101/A);

Dr. Pfeifer, Hartleb, Dr. Herbert Kraus, Dr. Kopf u. G., betreffend Bekenntnis zur Erklärung der Menschenrechte (102/A).

Anfragen der Abgeordneten

Ebenbichler u. G. an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend ein iranisch-österreichisches Handels- und Zahlungsabkommen (364/J);

Dr. Herbert Kraus, Neumann, Neuwirth u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Zustände im Bundesbahnlager Pernau bei Wels (365/J);

Mark, Proksch, Dr. Zechner u. G. an den Bundesminister für Unterricht, betreffend eine Subvention der Österreichischen Hochschülerschaft (366/J).

Beginn der Sitzung: 9 Uhr.

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen die Beratung der Gruppe X des Bundesvoranschlags fort.

Abg. **Lackner**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Dr. Kraus hat gestern in einer sehr unsachlichen Form zum Kapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe Stellung genommen. Das, was er gesagt hat, läßt sich in sechs Punkten zusammenfassen: Es war 1. ein Angriff auf die Österreichische Volkspartei, die er beschuldigt, daß sie ihre Zustimmung zu den Verstaatlichungsgesetzen gegeben hat (*Abg. Dr. H. Kraus: Das hat sie auch!*); 2. eine Erklärung des Verbandes der Unabhängigen, daß sie die Verstaatlichung ablehnen; 3. daß in den verstaatlichten Betrieben nichts geleistet wird; 4. daß die verstaatlichten Betriebe die höchsten Preise haben; 5. daß die Führung der ver-

staatlichten Betriebe nichts taugt (*Abg. Dr. H. Kraus: So scharf habe ich es gar nicht gesagt! Aber bitte, wenn Sie wollen, sagen Sie es nur so!*); 6. eine Verteidigung der VdU-Politik bei der VÖEST. (*Abg. Weikhart: Daß die Generaldirektoren mehr Gehalt haben müßten!*) Da meint er aber nur die, die ihm irgendwie nahestehen. (*Abg. Dr. H. Kraus: Uns stehen keine nahe!*)

Wie sah es 1945 aus? Es wird nicht schaden, wenn man den Herrn Abg. Dr. Kraus wieder einmal daran erinnert. (*Abg. Dr. H. Kraus: Daß die Nazi schuld gewesen sind!*) Nein, wir?! Wir haben vielleicht den Krieg geführt!

Im Jahre 1945 haben wir zerstörte und ausgeräumte Betriebe übernommen. Es war ein Verdienst der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe, daß im Jahre 1945 mit ihrem Wiederaufbau begonnen werden konnte, in einer Zeit, als es an allem mangelte, in einer

2886 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

Zeit, als vor allem die früheren Führer dieser Betriebe davongelaufen sind (*Zustimmung bei den Sozialisten*) und die Arbeiter und Angestellten ihrem Schicksal überlassen haben. (*Abg. Dr. H. Kraus: Weil sie eingesperrt worden wären!*) Mutige Männer, die aus Angst vor der Haft rechtzeitig davonlaufen! Andere sind dageblieben und haben sich gestellt, auch auf die Gefahr hin, daß sie eingesperrt werden. Sie scheinen zu der Gruppe zu zählen, die sich rechtzeitig darauf vorbereitet, sich in Sicherheit zu bringen. Der Herr Abg. Kraus ist der Meinung, daß die Verstaatlichung schlecht sei. (*Abg. Dr. H. Kraus: Ja, der Meinung bin ich!*) Ich weiß nicht, ob er sich schon einmal damit beschäftigt hat, welche Möglichkeiten es überhaupt nach 1945 in Österreich gegeben hätte, um eine sogenannte Reprivatisierung durchzuführen. Wer waren denn die Besitzer dieser Betriebe, nicht nur in der Zeit von 1938 bis 1945, sondern auch in der Zeit vor 1938? Ich nehme den größten Konzern dieser Betriebe heraus, die Alpine Montangesellschaft. Wir erinnern uns noch an Namen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, so an den Namen des Italieners Castiglioni und später an die Herren des Deutschen Stahlwerkverbandes. Dem Herrn Abg. Kraus wäre es anscheinend lieber, diese Betriebe würden wieder im Besitz ausländischer Kapitalisten statt im Besitz des österreichischen Volkes und des österreichischen Staates stehen. (*Abg. Weikhart: Wegen der Subventionen!*) Mag sein, daß seine Rede im Zusammenhang mit seinen Besuchen steht, die er gelegentlich in Deutschland und in Frankreich macht. (*Ruf bei der SPÖ: In Frankreich und Italien!* — *Abg. Dr. H. Kraus: Wir dürfen nicht ins Ausland fahren?*) Verbindungen dürften ja bestehen.

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte doch um Ruhe!

Abg. Lackner (*fortsetzend*): Nun seine Verteidigung des VdU bei der VÖEST in Linz. Was ist im Oktober 1950 geschehen? Auch daran wird man die Herren immer wieder erinnern müssen. Sie selbst haben gestern gesagt, daß der Betriebsrat in dieser Zeit aus 14 VdUern, 12 Sozialisten und 2 Kommunisten bestand. Die Hälfte der Mandate im VÖEST-Betriebsrat hatte in dieser Zeit der VdU besetzt. Der Vorsitzende des sogenannten Revolutionären Komitees, der den Präsidenten der Linzer Arbeiterkammer und die Funktionäre des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Linz abgesetzt hat, war ein Angehöriger des VdU. Das war Ihre Demokratie in jenen Tagen! Daß später die Führung auf die Kommunisten übergegangen ist und Sie dies beklagen, das

war Ihre eigene Schuld, es war die Unfähigkeit Ihrer Funktionäre, die nicht imstande waren, die Führung in den Händen zu behalten. (*Abg. Dr. H. Kraus: Das war der Terror der Sozialisten!*) Die Minderheit konnte die Mehrheit terrorisieren? Sonderbare Meinung (*Abg. Dr. H. Kraus: Aber die Betriebsführung!*), die man bei den VdUern findet. (*Abg. Frühwirth: Die Henker von gestern!*) Sie waren zu schwach, Ihre Leute waren nicht fähig, die Führung in den Händen zu halten.

Sie haben gestern erklärt, der Vorstand bei der VÖEST bestehe aus 25 Personen, in Deutschland genügte in gleichartigen Betrieben 5 Personen. Wenn Sie sich ein wenig interessiert hätten, dann hätten Sie erfahren, daß es bei der VÖEST überhaupt noch keinen Vorstand, sondern einen öffentlichen Verwalter gibt. Sie müssen also hoch etwas zuwarten mit Ihren Angriffen, bis überhaupt ein Vorstand gewählt wird. (*Abg. Dr. H. Kraus: Die 25 Herren haben dieselben Funktionen! Wie man es nennt, ist doch egal!* — *Abg. Hartleb: In Wortklaubereien sind Sie gut, da bekommen Sie einen Einser!*) Sehr nett von Ihnen!

Gestern hat der Herr Abg. Kraus erklärt, die VdUler hätten diesmal deshalb kommunistisch gewählt, weil sie sich bei der KP sicherer fühlen. (*Abg. Dr. H. Kraus: Durch eure Schützenhilfe!*) Ich muß schon sagen: eine armselige Gesellschaft, die nicht den Mut aufbringt, für ihre Bewegung einzutreten, die sich rechtzeitig sichern will! Landläufig nennt man das feige Rückversicherer. (*Abg. Frühwirth: Eine Gesellschaft der Rückversicherer!* — *Abg. Dr. H. Kraus: Die seid ihr!* — *Abg. Rosa Jochmann: Das haben wir im KZ bewiesen!* — *Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*)

Nun möchte ich zu dem Kapitel Stellung nehmen, das jetzt zur Diskussion steht. Die Erkenntnis, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem der Vergangenheit abgewirtschaftet hat, ist weit verbreitet. (*Abg. Wallner: Siehe England!*) Warten Sie doch noch ein bisserl, haben Sie nur ein bisserl Geduld! (*Abg. Rosa Jochmann: Nur abwarten! Es ist noch nicht aller Tage Abend!*) Sie werden wahrscheinlich noch zur Kenntnis nehmen müssen, daß auch Herr Churchill nichts Wesentliches an dem, was geschehen ist, ändern wird. (*Erneute Zwischenrufe.*) Nicht nur in den sozialistischen Bewegungen, sondern bis tief in die konservativen Kreise hinein finden wir das Wollen, an Stelle der morschen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der morschen kapitalistischen Wirtschaft eine andere Wirtschaftsordnung aufzubauen. (*Ruf bei der ÖVP: Eine Mißwirtschaft!*) Wenn wir in die Welt hinausblicken, dann sehen wir,

daß Altes entweder in sich zusammenbricht oder durch äußere Einflüsse zerstört wird. Wurden die Arbeiterorganisationen und deren Vertrauenspersonen noch vor wenigen Jahrzehnten mit allen Mitteln bekämpft, so finden wir heute, daß selbst im kapitalistischen Amerika die Arbeiterorganisationen und ihre Vertrauenspersonen zur Mitbestimmung, zur Mitverantwortung herangezogen werden.

Ein Stück Neuordnung in unserem Staate sind die beiden Verstaatlichungsgesetze, die hier in diesem Hause einstimmig beschlossen wurden. Uns Sozialisten war es klar, daß wir damit in unserem Staate Neuland betreten und nicht alles nach Wunsch abrollen wird. Der Arbeiter von früher, der nur ein Ausbeutungsobjekt war, soll jetzt am Betriebsgeschehen interessiert werden. Daß dies nicht immer leicht ist, wissen wir; denn der Unternehmer von gestern war für den politisch und gewerkschaftlich ungeschulten Arbeiter und Angestellten ebenso unsichtbar, wie der Unternehmer von heute, der Staat, für ihn unsichtbar ist.

Dazu kommt, daß Verstaatlichung sehr häufig als Sozialisierung bezeichnet wird. Die Kommunisten nennen die Verstaatlichung in ihren Staaten mit Absicht fälschlich Sozialisierung, weil sie auf dem Wege zur Sozialisierung im Staatskapitalismus stecken geblieben sind, dies aber nicht eingestehen wollen. Bürgerliche Politiker nennen fälschlich die Verstaatlichung Sozialisierung, weil sie aus parteipropagandistischen Gründen uns Sozialisten in die Nähe der Kommunisten bringen wollen. Aber auch innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft stoßen wir sehr häufig auf den Gedanken, Verstaatlichung sei Sozialisierung.

Ich halte es daher für zweckmäßig, festzuhalten, daß Verstaatlichung noch lange keine Sozialisierung ist. Eine verstaatlichte Wirtschaft kann jedem Herren dienen, sowohl einem faschistischen als auch einem demokratischen. Eine verstaatlichte Wirtschaft kann zum Sozialismus, sie kann aber auch zum Faschismus führen. Die Verstaatlichung kann bestenfalls als ein Wirtschaftssystem bezeichnet werden, das zwischen dem privatkapitalistischen und dem sozialistischen Wirtschaftssystem liegt. Verstaatlichung bedeutet Übernahme von Betrieben durch den Staat, Ersetzung des Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus. Bei der absoluten Staatswirtschaft besteht nicht nur die Gefahr der Verbürokratisierung, sondern auch die noch größere Gefahr der Keimbildung neuer Klassen, der Vorbereitung neuer Ausbeutung. (Abg. Dr. Gorbach: *Quod erat demonstrandum!*) Der Staatskapitalismus kann, wie wir am

Beispiel Rußlands sehen, zur Staatssklaverei ausarten. (Abg. Dr. H. Kraus: *Wunderbar!*)

Obwohl wir Sozialisten wissen, daß die Verstaatlichung nicht Sozialisierung ist, im faschistischen Staat sogar ein gefährliches Instrument gegen die Arbeiterklasse werden kann, bekennen wir uns zur Verstaatlichung! (Abg. Dr. H. Kraus: *Jetzt hätte er beinahe die Wahrheit gesagt!*) Die Übernahme der Betriebe hat uns selbstverständlich Schwierigkeiten gebracht, Schwierigkeiten, die zum Teil auch bewußt gemacht und gefördert wurden; denn nur zu bald mußten wir erkennen, daß maßgebliche ÖVP-Politiker nicht die Absicht hatten, im offenen Kampfe die Beschlüsse zu korrigieren. Man wählte die Form des Kalten Krieges. Zum obersten Chef wurde Dr. Peter Krauland bestellt, dessen Bestrebungen dahin gingen, die Verstaatlichung in jeder Richtung unwirksam zu machen. Er hat jahrelang verhindert, daß in den verstaatlichten Betrieben Organe bestellt wurden. Ja wir sind heute noch nicht soweit, daß in allen Betrieben die Firmenorgane bestellt wären. (Abg. Dr. Bock: *So, so! Zwei Jahre Waldbrunner-Ministerium und noch immer nicht soweit!*) Der Herr Bock dürfte wissen, warum. Weil die Herren der Österreichischen Volkspartei noch immer Schwierigkeiten machen!

Die Wahlen 1949 haben eine Besserung herbeigeführt. Krauland mußte gehen. Der Feind der Verstaatlichung mußte scheiden, ein Freund der Verstaatlichung, Minister Waldbrunner, ist in das Ministerium eingezogen. Galt es 1945 und 1946, die Trümmer wegzuräumen, galt es 1947 und 1948, die Betriebe in Ordnung zu bringen, so gilt es seit dieser Zeit, die Betriebe so einzurichten, daß sie auf dem Weltmarkt in einen ersten Wettbewerb mit gleichartigen Industrien treten können.

Der Rechnungshof, der über Antrag der Sozialisten und gegen den Willen der Österreichischen Volkspartei die verstaatlichten Betriebe kontrolliert, hat in den letzten Jahren immer wieder festgestellt, daß die verstaatlichten Betriebe in Ordnung sind. (Abg. Dr. H. Kraus: *Er hat aber nichts über die Rentabilität gesagt!*) Finden wir doch im Rechnungshofbericht über das Jahr 1950 unter anderem die folgenden Sätze: „Leitung und Belegschaft großer Betriebe haben unter Hintanstellung persönlicher Interessen ihr Bestes geleistet, im Berichtsjahre nicht nur eine Ausweitung der Produktion, sondern auch eine Senkung der Kosten erreicht und damit hervorragende Erfolge erzielt, die fast immer das betriebswirtschaftliche Optimum darstellen.“ — „Auch eine Senkung der Kosten

2888 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

erreicht“, Herr Dr. Kraus! (*Abg. Hartleb: Aber die Preise sind nicht gesenkt worden! Die Preise sind geblieben! — Weitere Zwischenrufe beim KdU.*) Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß im Rechnungshof lauter Dummköpfe sitzen!

„Die hohe Betriebsmoral hat sich nicht nur in Fleiß, Ausdauer und dadurch wieder in einer nennenswerten Leistungssteigerung, sondern auch im Bestreben nach Ordnung und Sauberkeit ausgewirkt.“ (*Zwischenrufe bei den Unabhängigen. — Gegenrufe bei den Sozialisten.*) Der Rechnungshof hat die Leistungen anerkannt und festgehalten, daß auf Ordnung und Sauberkeit gesehen wird. (*Ruf beim KdU: Vorzugsschüler!*)

Aber dieser Bericht bedeutet für uns durchaus nicht, daß alles, was in den verstaatlichten Betrieben geschieht, unseren Beifall findet. (*Abg. Wallner: Auch für uns nicht!*) Es gibt auch in den verstaatlichten Betrieben viele ungelöste Probleme. Wir wissen, daß es für die Wirtschaft nichts Schädlicheres gibt, als wichtige Probleme ungelöst zu lassen. Eines der ungelösten Probleme ist die Stellung der Belegschaft zu den Führungsorganen, ein anderes ungelöstes Problem ist die Organisation der Betriebe. Derzeit behelfen wir uns noch mit dem Gesetz über die Bildung von Aktiengesellschaften. Ein weiteres ungelöstes Problem ist das der Zusammenfassung der gleichartigen Betriebe. Im kapitalistischen Amerika geht man den Weg der Mitsprache, der Mitverantwortung der Gewerkschaften. In Rußland geht man einen anderen Weg, den Weg, den wir im faschistischen Deutschland kennengelernt haben: Ausrichtung der Gewerkschaften zu Durchführungsorganen der staatlichen und betrieblichen Verwaltung, nicht Mitspracherecht und Mitbestimmung, sondern Kommandierung zum Spitzel- und Antreiberdienst!

Was wir Sozialisten wollen, ist, den Belegschaften das Recht zur Mitbestimmung und damit auch zur Mitverantwortung geben! (*Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Dr. Bock: Also Partnerschaft in den verstaatlichten Betrieben!*) Wir glauben nicht, daß der Gedanke: Nur ja keine Einmischung! auf die Dauer denkbar ist; denn innerhalb einer Planwirtschaft muß der Arbeiter in ein bestimmtes Verhältnis zum Produktionsprozeß gestellt werden. (*Abg. Dr. Bock: Sehr richtig! Daher Werksgenossenschaften!*)

Ein Versuch, die Bediensteten und die Unternehmungsleitungen einander näherzubringen, liegt in der Errichtung der Sozialbeiräte. Der Sozialbeirat für die gesamte verstaatlichte Industrie wurde paritätisch zusammengesetzt. Er besteht aus vier Arbeit-

nehmer- und vier Arbeitgebervertretern. (*Abg. Dengler: Das sind ja auch wieder die gleichen!*) Der Sozialbeirat hat die Aufgabe, den Bundesminister in allen Fragen der psychologischen Betriebsführung, des Arbeitsfriedens, der Arbeitsfreude, der Produktivität der Arbeit und der Erhöhung des Mitsprache- und Mitverantwortungsrechtes der Arbeiter und Angestellten in den verstaatlichten Betrieben zu beraten. (*Abg. Weinberger: Was ist psychologische Betriebsführung, Herr Kollege?*) Darüber können wir uns später einmal unterhalten, Herr Vizebürgermeister! (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei den Sozialisten. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Gelegentlich gibt es auch Bürgerliche, die ähnliches verlangen. So schrieb das „Steirerblatt“, das Landesorgan der Österreichischen Volkspartei in der Steiermark, am 30. April dieses Jahres: „Ohne oder gegen den Arbeiter gibt es keine neue Gesellschaft. Mehr noch! Der Arbeiter wird der Pionier einer neuen Gesellschaft werden, weil keine andere Schicht jene revolutionären Kräfte in sich birgt, die dazu notwendig sind.“

Oder „Die Presse“, in der Dr. Lanske schrieb, daß gegenwärtig im Vordergrund der nationalökonomischen Erörterungen die Mitberatung, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Industrie und Wirtschaft steht.

Andere aber fragen: Kann man der Arbeiterschaft solche Rechte einräumen? Besteht nicht die Gefahr, daß sie von den Feinden unseres Staates für ihre Zwecke mißbraucht werden? Seht euch doch die Betriebsratswahlergebnisse an! Die ermutigen doch nicht, in dieser Richtung vorzustoßen!

Die Betriebsratswahlergebnisse der letzten Wochen geben den Kommunisten keinerlei Recht, Jubelhymnen anzustimmen. Es ist richtig, daß die Kommunisten in manchen Betrieben Stimmen und Mandate gewonnen haben, aber es ist ebenso richtig, daß die Kommunisten in anderen Betrieben Stimmen und Mandate verloren haben, ja daß sie in einer Reihe von Betrieben ihre letzten Positionen verloren haben und seit wenigen Wochen in den Betriebsräten überhaupt nicht mehr vertreten sind. Ich habe mir aus Tausenden von Betrieben, die in den letzten Wochen gewählt haben, 27 größere Betriebe herausgenommen und dabei festgestellt, daß in diesen 27 Betrieben die Kommunisten 27 Mandate verloren, die Sozialisten 42 Mandate gewonnen haben. (*Abg. Dr. H. Kraus: Wie man's zusammenzählt!*)

Nach der Zwischenbilanz gilt es als ziemlich sicher, daß gegenüber den letzten Wahlen

im Jahre 1949 keine wesentlichen Verschiebungen eingetreten sind, außer den wesentlichen Verschiebungen, daß VdU-Mandate von den Kommunisten übernommen wurden. (*Abg. Dr. H. Kraus: Oder umgekehrt!*)

Die Kommunisten wenden übrigens eine etwas unsaubere Methode an. (*Abg. Hartleb: Nur die Kommunisten oder Sie auch? — Ruf bei den Sozialisten: Auch der VdU!*) Und auch der VdU! (*Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Vor den Wahlen sagen die Kommunisten, es seien Listen der Arbeitereinheit, auf diesen Listen kandidierten Sozialisten, Parteilose und Kommunisten. Nach den Wahlen schreiben sie in ihren Zeitungen: Im Betrieb X, im Betrieb Y wurden soundso viele Kommunisten gewählt. Die Sozialisten und die Parteilosen sind in der Zwischenzeit verschwunden. Unter ihrer offiziellen Parteibezeichnung kandidieren sie in Österreich seit 1949 nicht mehr. Es gibt bei den verschiedenen Wahlen so viele Tarnlisten, daß sich ihre Parteigrößen schon selbst nicht mehr auskennen. So haben wir in der Obersteiermark eine lustige Sache erlebt.

Nach den Wahlen in den Betriebsrat der Pölser Papierfabrik hat die kommunistische „Wahrheit“ geschrieben: Sieg der Kommunisten! 192 Stimmen und 3 Mandate erobert! Das Organ des VdU, der „Alpenruf“, hat geschrieben: Sieg des VdU! 192 Stimmen und 3 Mandate erobert! (*Abg. Frühwirth: „Alpenruf“, der Ruf der „Wahrheit“!*) Ich weiß nicht, ob sich die Herren des VdU und die Herren der Kommunistischen Partei in der Zwischenzeit schon geeinigt haben, wer nun gewählt wurde, ob es nun VdUler oder ob es nun Kommunisten sind oder ob es VdUler und Kommunisten sind, die auf der gleichen Liste kandidierten. (*Zwischenrufe.*)

Bei uns behaupten die Kommunisten, sie seien die einzigen und wahren Demokraten, sie seien es, die die Arbeiterschaft zu Glück und Wohlstand führen werden. Wie sieht es aber dort aus, wo sie allein entscheiden können? Wir wissen, daß die Kollektivverträge in diesen Staaten etwas anders aussehen als die Kollektivverträge bei uns oder in anderen demokratischen Staaten. Bei uns und in anderen demokratischen Staaten werden in den Kollektivverträgen vor allem die Rechte der Arbeiter und Angestellten festgehalten, in den kommunistisch beherrschten Staaten werden in den Kollektivverträgen jedoch die Pflichten der Arbeiter und Angestellten festgehalten. Die Rechte sind für sie uninteressant, entscheidend sind

die Pflichten. Ja es ist festgelegt, daß die Betriebsvertrauenspersonen dafür Sorge zu tragen haben, daß sich die Zahl der Stachanow-Arbeiter ständig erhöht.

Aber in der Sowjetunion gibt es wenigstens noch Betriebsräte, wenn auch ihre Rechte nicht allzu groß sind. In Ostdeutschland hingegen hat man die Betriebsräte beseitigt. Man hat sie dort aufgelöst, wahrscheinlich deshalb, weil in Ostdeutschland noch Hunderttausende von Arbeitern die Tätigkeit der Betriebsräte aus der Zeit vor Hitler in Erinnerung haben und wissen, daß die Betriebsräte in der Zeit vor Hitler die Interessen der Arbeiter- und Angestelltenschaft sehr wirksam vertreten konnten.

So hat eine Konferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, also der kommunistischen Organisation, in diesem Gebiet beschlossen, den Bundesvorstand zu beauftragen, entsprechende Schritte zu unternehmen, um die Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenschaft in den Betrieben und Verwaltungen den Betriebsgewerkschaftsleitungen zu übertragen. Dieser Beschluß — sagte die kommunistische Presse — sei die Konsequenz aus der Entwicklung. Außerdem fordere der Dualismus in der Arbeit von Betriebsrat und Betriebsgewerkschaftsleitung eine Änderung des bestehenden Zustandes.

Verständlicher wird dieser Beschluß, wenn man die folgenden Sätze liest: „In den Stätten der Produktion hatten die Gewerkschaften bisher über die Betriebsräte nur ein indirektes Mitbestimmungsrecht. Hier liegt ein ernstes Hindernis für die Demokratisierung der Wirtschaft.“ Das war, glaube ich, wohl bisher Kommunisten vorbehalten, zu behaupten, daß Betriebsräte ein ernstes Hindernis für die Demokratisierung der Wirtschaft sind. Oder: „Das unmittelbare Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften kann nur durch die Betriebsgewerkschaftsleitung geschehen.“ Oder: „Die Beschlüsse über das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben sind ohne Zweifel eine Notwendigkeit im Kampfe um die weitere Demokratisierung der Wirtschaft.“ Oder: „Angriffe hingegen sind bewußt unehrlich, weil sie die Betriebsräte als höchste Form der betrieblichen Demokratie darstellen, während in Wirklichkeit die Betriebsgewerkschaftsleitungen unter den Verhältnissen in der Sowjetbesatzungszone eine höhere Form des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben repräsentieren.“

Die kommunistische Presse teilt dann noch mit, daß von 60.000 Betriebsratsvorsitzenden rund 12.000 in die Betriebsgewerkschafts-

2890 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

leitungen gewählt wurden, das sind also genau 20 Prozent. 80 Prozent oder 48.000 der bisherigen Betriebsratsobmänner sind in der Zwischenzeit, in der Zeit der Auflösung der Betriebsräte und der Bildung der Betriebsgewerkschaftsleitungen, entweder davongelaufen oder, was eher anzunehmen ist, nach echt kommunistischer Methode gesäubert worden.

Wenn wir diese Sätze lesen, dann verstehen wir auch eine Rede des Präsidenten Pieck, die er im Herbst 1950 in Leipzig gehalten hat. Er sagte in dieser Rede: „Die industrielle Produktion soll auf 190 Prozent im Vergleich zum Stand von 1950 gebracht werden. Die Arbeitsproduktivität soll um 60 Prozent steigen. Der Arbeitslohn der Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Techniker wird in der gesamten Volkswirtschaft um 16·8 Prozent und in der Industrie um 20 Prozent im Verhältnis zu 1950 erhöht.“

Erhöhung der Produktion um 90 Prozent, Erhöhung der Produktivität um 60 Prozent und Erhöhung der Löhne in der Industrie um 20 Prozent und in der übrigen Wirtschaft um 16·8 Prozent — das würden bei uns die kommunistischen Agitatoren als Raub und Ausplünderung bezeichnen! Drüben aber ist es sozialistische Planwirtschaft und muß von den Funktionären der Betriebsgewerkschaftsorganisationen widerspruchslos zur Kenntnis genommen werden.

Aber gestatten Sie mir, auch noch an einem Sonderheft, das den Titel „Deutsche Demokratische Republik“ trägt — das Heft wurde im Jänner dieses Jahres herausgegeben —, zu zeigen, wie es da drüben aussieht. Wir sehen hier in diesem Heft drei Frauen, die mit dem Verlegen von Geleisen beschäftigt sind, und darüber steht: „Fortschritt im Osten.“

Wir können uns den Fortschritt denn doch ein bißerl anders vorstellen, als Frauen zur schwersten Arbeit heranzuziehen. Alle jene, die in den Konzentrationslagern waren, wissen, daß die Arbeiter in den Steinbrüchen Angst davor hatten, zu Geleiseverlegungsarbeiten herangezogen zu werden. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*) Das war in den deutschen Konzentrationslagern. Dasselbe sehen wir nun hier in einer kommunistischen Zeitung als Fortschritt in Ostdeutschland. (*Ruf bei der SPÖ: Jetzt hat's ihnen die Rede verschlagen! — Abg. Scharf: Kommentar überflüssig! — Weitere Zwischenrufe.*) Das ist wirklich überflüssig, Herr Scharf. (*Abg. Scharf: Gegen solche Dummheiten ist nichts zu sagen!*) Das bezeichnet der Herr Scharf als Dummheit, wenn man aufzeigt, zu welch

schweren Arbeiten man dort Frauen heranzieht. (*Abg. Scharf: Es kommt immer darauf an, unter welchen Bedingungen gearbeitet wird!*) Beim Geleiseverlegen sind die Bedingungen nicht anders, ob man einen Mann oder eine Frau dazu verwendet. (*Abg. Dr. Pittermann: Sklavenseelen bejahren die Sklavenarbeit! — Abg. Koplenig: Amerikanische Sklaventreiber! — Abg. Dr. Pittermann: Dafür kriegen Sie vom Fischer nur „befriedigend“, kein „lobenswert“!*)

Die „Südost-Tagespost“ sucht die Fehler in der eigenen Partei. So schrieb diese Zeitung am 16. November — und da möchte ich Sie, Herr Bock, bitten, aufzupassen, das geht Sie an. (*Abg. Koplenig: Das interessiert mich nicht!*) Sie müssen aufpassen! Ich habe gesagt: Herr Bock. Ihr Name, Herr Koplenig, ist ein bißchen länger. — „Man kann sich leider nicht darüber hinwegsetzen, daß der Organisation der Arbeitnehmer ebenso wie der Landwirtschaft ein Mann abgeht, der wenigstens im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen überragendes Format hat, so wie ihn die Wirtschaft in dem derzeitigen geschäftsführenden Obmann der Volkspartei gefunden hat.“ Es wird also der Herr Bock und mit ihm sein Parteifreund Strommer als Schwächling hingestellt. Die „Südost-Tagespost“ sagt, man müsse an Stelle dieser Schwächlinge Leute von Format setzen. Sie können sich bei Ihren Freunden in Graz bedanken. Nun weiter nach der „Südost-Tagespost“: „Wir denken in diesem Zusammenhang nicht etwa an eine revolutionierende Idee, die doch ... letztlich mehr vom Bösen als vom Guten in sich trägt und in Trümmer legt, was sie aufbauen sollte. Wir denken vielmehr an Persönlichkeiten, die ihrer Fähigkeit zufolge konzeptionell denken können....“

Man hat also schon Angst vor Ideen. (*Abg. Altenburger: Nur vor sozialistischen Ideen!*) Ideen taugen nichts mehr nach diesem Artikel der Österreichischen Volkspartei. Es ist nur noch notwendig, starke Männer zu finden. (*Abg. Altenburger: Vor den Ideen Waldbrunners haben wir Angst!*) Vielleicht geht es auch Sie ein bißerl an, das mit den nichtgeeigneten Personen auf dem Arbeitssektor Ihrer Partei!

Nun, zu welcher Schlußfolgerung kommt die „Südost-Tagespost“? Sie schreibt: „Wie wollte man anders jene Kreise packen, die in den Revolutionsjahren 1918, 1938 und 1945 immer auf der Seite der Zahlenden zu finden waren und müde geworden sind. Sie sind zu müde, als daß man sie mit einem bloßen Gerede vom Christentum stärken könnte, und sie sind so müde, daß sie die Stimme

ihrem Todfeind geben.“ Diese „müden Österreicher“ haben wir nur zu oft kennengelernt. Sie sind ein Geschwür am demokratischen Körper unseres Staates! (*Zwischenrufe.*) Sie sind es, die dauernd die Kommunisten finanziell unterstützen und ihnen damit die Mittel geben, unsere demokratischen Einrichtungen zu bekämpfen. Ich nenne nur einige dieser müden Österreicher aus der Steiermark, die in den letzten Wochen einem Vertreter der „Österreichischen Zeitung“, also der Zeitung des russischen Elementes in unserem Staate, tausende Schilling gegeben haben — und zwar in der britischen Zone! So müde sind diese Leute schon, daß sie selbst in der britischen Zone nicht mehr den Mut aufbringen, die Vertreter kommunistischer Organisationen hinauszuerwerfen. (*Abg. Hartleb: Wie heißt er denn?*) Nur nicht so voreilig. Vielleicht kennen Sie sogar welche. (*Abg. Hartleb: Ich bin eben neugierig! — Heiterkeit.*) Es sind leitende Direktoren der Gösser Brauerei in Leoben, der Steirischen Magnesit-Industrie in Leoben, der Hinterberger Zellulosewerke in Leoben und der Mürztaler Papierfabrik in Bruck an der Mur. Die Mürztaler Papierfabrik steht vielleicht dem Herrn Abg. Dr. Kraus auch ein wenig näher. Ich nehme an, daß sich die Mürztaler auch nicht ausgeschaltet haben bei den Papierlieferungen an den Verband der Unabhängigen. (*Abg. Dr. H. Kraus: Das ärgert euch wohl, aber wir freuen uns darüber!*) Wir sehen hier Leiter von Industriebetrieben als feige Rückversicherer in einer Zeit, in der Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten den härtesten Kampf um die Erhaltung der demokratischen Freiheit in diesem Staate führen. (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*) Diese Rückversicherer — ich möchte sie lieber mit einem anderen Wort bezeichnen, mit dem Wort „Lumpenbourgeoisie“ (*Abg. Machunze: Gehört die GOC auch dazu? Sie inseriert auch in der kommunistischen „Volksstimme“!*) — helfen den Kommunisten und schaden dem Staate Österreich. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Fast alle burglichen Geschaftsleute geben auch in kommunistische Zeitungen Inserate. Das scheint so dazuzugehören. Aber daß man zusätzlich Tausende von Schillingen spendet: das noch zu verteidigen, Herr Abg. Machunze, ublassen wir wirklich Ihnen! (*Abg. Dr. Migsch: Der Machunze, der soll sich schämen! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Bock: Nicht Machunze, die GOC soll sich schämen!*)

Und hier, meine sehr verehrten Anwesenden, sehen wir eine der Ursachen der kommunistischen Erfolge bei den Betriebsratswahlen in manchen Gebieten. Andere

Ursachen finden wir in den Neuaufnahmen, und ich halte es für notwendig, daß wir auch darüber einmal ein paar Worte sagen. Minister Waldbrunner wird immer wieder beschuldigt, daß nur Sozialisten in die verstaatlichten Betriebe aufgenommen werden. (*Abg. Wallner: Leider! — Abg. Frühwirth: Leider nicht!*) Ich kann Ihnen sagen, daß es wesentlich anders ist. (*Abg. Dr. Gorbach: Oho! Oho!*) Herr Gorbach, Sie können sich nach Kapfenberg oder Donawitz bemuhren. Dort gibt es keine Arbeitslosen, die in diesen Betrieben einsatzfähig wären, und man mußte sogar aus den Agrargebieten Arbeitskräfte holen. Wenn Sie sich genau erkundigen, wer die Leute sind, die im letzten Jahr aufgenommen wurden, werden Sie feststellen (*Abg. Koplentig: Daß es lauter Kommunisten sind! — Heiterkeit*), daß es zum weitaus größten Teil keine Sozialisten sind, sondern entweder parteilose Leute oder auch Leute aus der Unter-, Ost- oder Weststeiermark, die (*zur Volkspartei gewendet*) Ihrer Partei angehören! (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig! — Abg. Altenburger: Der Herr Minister soll es bestreiten, daß er in gewissen Fällen interveniert!*) Herr Altenburger, gehen Sie doch hinaus in die Betriebe, lassen Sie sich die Personallisten geben und schauen Sie, von wo die Leute in den letzten Monaten hergekommen sind. (*Abg. Altenburger: Fragen Sie den Minister, ob er interveniert oder nicht! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat der Herr Abg. Lackner!

Abg. Lackner (*fortsetzend*): Diese Neueingestellten, die erst kurze Zeit in den Betrieben tätig sind, sind eben, wie wir es immer und immer wieder in der Vergangenheit feststellen konnten, demagogischen Erklärungen und einer demagogischen Propaganda sehr leicht zugänglich, sie werden eine gewisse Zeit solchen Organisationen und Bewegungen nachlaufen. Es mag auch sein, daß bei vielen dieser ungeschulten Arbeiter und Angestellten, die aus anderen Berufsschichten hereinkommen, der Gedanke der Opposition eine gewisse Rolle spielt. Die Herren reden auch so gerne davon, daß sie in der Opposition stehen. Beide Parteien, sowohl die KPÖ als auch der VdU, bezeichnen sich gelegentlich fälschlich als Oppositionspartei. Die Kommunisten versuchen, die österreichischen Arbeiter und Angestellten im Auftrag einer fremden Macht für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Sie sind keine Opposition in diesem Staat, sondern sie sind in diesem Staat lediglich die Fünfte Kolonne einer fremden Großmacht. Der VdU hat

2892 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

kein Recht, sich als Opposition zu bezeichnen (*Abg. Dr. H. Kraus: Jawieso denn nicht?*); denn eine Opposition, Herr Dr. Kraus, muß frei und unabhängig sein (*Abg. Dr. H. Kraus: Sind wir auch!*) und darf nicht zu den Fabrikanten um Papier betteln gehen, um ihre Flugblätter drucken zu lassen. Sonst ist man nicht frei und unabhängig! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Hartleb: Von wo bekommt denn ihr euer Papier? Ihr habt ja eine Fabrik! — Abg. Alois Gruber: Das ist unerhört! Reden Sie einmal von der Steyrermühl!*) Wir würden uns nicht aufregen, wenn Sie eine eigene Papierfabrik hätten und von dort das Papier beziehen würden. Was wir aufzeigen wollen, ist, daß Sie bei fremden Fabrikanten um Papier betteln. (*Abg. Alois Gruber: Von wo habt ihr eure Papierfabrik? — Zwischenrufe.*)

Präsident (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren, ich bitte um Ruhe!

Abg. Lackner (*fortsetzend*): Viele Menschen in unserem Staate können sich das Absinken der VdU-Stimmen und das gleichzeitige Ansteigen der KP-Stimmen nicht erklären. Wir Obersteirer können uns das sehr gut erklären. Wir kennen die Dinge aus der Zeit vor 1934. (*Abg. Wallner: Hör' doch auf! Das ist eine alte Walze!*) Wir haben es damals auch erlebt: Heimatschützer und UGler, die gelegentlich für die Kommunistische Partei gestimmt haben, und umgekehrt! Das ist keine alte Walze, sondern das war so. Wir, die wir in diesem Gebiete gelebt haben und leben, kennen die Verhältnisse dieser Zeit. (*Abg. Alois Gruber: Wir sind wohl erst gestern auf die Welt gekommen?*) Das Hinüberwechseln von einem Faschismus zum anderen bedeutet im Grunde genommen sehr wenig. Man braucht ja nicht viel dazuzulernen, denn die beiden Gruppen verbindet der gemeinsame Haß gegen die Sozialisten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Und nun einiges über die Lage der verstaatlichten Betriebe im ersten Halbjahr dieses Jahres. Die industrielle Produktion der verstaatlichten Betriebe hat auch im Laufe des ersten Halbjahres dieses Jahres den hohen Stand des Vorjahres nicht nur behauptet, sondern ihn in einzelnen Sparten noch weiter steigern können. (*Abg. Dr. H. Kraus: Das wir' auch eine Schande bei den Krediten aus dem Marshallplan!*) Die Rohstoffversorgung konnte trotz aller Verknappungserscheinungen auf den Weltmärkten weitestgehend gesichert werden. Eine unangenehme Auswirkung hatten allerdings die stark überhöhten Rohstoffpreise, die auf den Weltmärkten gefordert wurden. Der Absatz war auch in diesem Halbjahr zufriedenstellend, ja die Nachfrage überstieg in manchen Fällen

sogar beträchtlich das Angebot. Die Investitionstätigkeit konnte planmäßig fortgesetzt werden. Besonders zufriedenstellend war diese Tätigkeit auf dem Energiesektor und auf dem Sektor der Eisen- und Stahlindustrie. Die Beschäftigungslage stand im Zeichen der Vollbeschäftigung. Erstmals konnte im Juni dieses Jahres die Zahl von über 100.000 Beschäftigten erreicht werden.

Der Abg. Ing. Hartmann hat in der Budgetdebatte vorgestern gesagt, daß 22 Prozent aller in der österreichischen Wirtschaft Tätigen in den verstaatlichten Betrieben beschäftigt sind. Er hat sich dabei auf die Broschüre des Ministeriums berufen. Ich möchte den Abg. Ing. Hartmann aber bitten, er möge die Broschüre genau lesen. In dieser Broschüre steht: Im Jahre 1950 waren in den verstaatlichten Betrieben rund 98.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, das sind 22 Prozent der in der österreichischen Industrie Beschäftigten. Es ist nun ein wesentlicher Unterschied, ob ich sage „in der Industrie Beschäftigten“ oder ob ich sage „in der Wirtschaft Beschäftigten“. Herr Ing. Hartmann hat also hier zwei Begriffe verwechselt.

Die Kohlenproduktion konnte vom ersten Halbjahr 1949 zum ersten Halbjahr 1951 von 1.682.579 t auf 2.216.560 t gesteigert werden, obwohl der Tagbaubetrieb Neufeld infolge eines Erdbebens im Juni dieses Jahres eingestellt werden mußte. Die Leistung pro Kopf und Schicht betrug in den Kohlenbergbaubetrieben 1937 1·17 t, im Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres 1·30 t und im Oktober dieses Jahres 1·35 t, somit gegenüber 1937 eine Steigerung der Produktivität um mehr als 14 Prozent. Das danken wir, Herr Abg. Dr. Kraus, dem Bergarbeiter (*Beifall bei den Parteigenossen — Abg. Dr. H. Kraus: Dem Marshallplan!*) und nicht den Führern des VdU! (*Abg. Dr. H. Kraus: Und nicht den Führern der verstaatlichten Betriebe!*)

Die Energiewirtschaft erhöhte ihre Erzeugung von 4196 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1949 auf 4911 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1950 und auf 2718 Millionen Kilowattstunden im ersten Halbjahr 1951. Die Zahl der bei Kraftwerkbauten Beschäftigten betrug am 30. Juni 1950 14.282 und am 30. Juni 1951 15.160. Man rechnet in den Kulturstaaten mit einem Anstieg des Bedarfes an elektrischer Energie um jährlich etwa 8 Prozent. In Österreich stieg der Energieverbrauch von 2·3 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1946 auf 4·2 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1950. Das ist ein durchschnittlicher Zuwachs von 16 Prozent jährlich.

Im Jahre 1950 wurden zwölf größere und vier kleinere Kraftwerksmaschinen in Betrieb genommen. Wir müssen aber damit rechnen, daß der Energieverbrauch auch in den kommenden Jahren über das Normale hinaus ansteigen wird. Es besteht daher die Notwendigkeit, die begonnenen Bauvorhaben mit aller Energie vorwärtszutreiben und neue Projekte in Angriff zu nehmen. In den nächsten Wochen soll ein neues Dampfkraftwerk der Draukraftwerke A. G. in Sankt Andrä im Lavanttal in Betrieb genommen werden. Das Werk, das 220 Millionen Schilling kostet, soll eine jährliche Arbeit von 160 bis 180 Millionen Kilowattstunden leisten. Derzeit wird an weiteren 15 Kraftwerksbaustellen gearbeitet, die nach ihrer Fertigstellung ein jährliches Arbeitsvermögen von rund 950 Millionen Kilowattstunden haben werden.

Mit Rücksicht darauf, daß die ERP-Mittel in den nächsten Jahren spärlicher fließen werden — wenn nicht überhaupt eingestellt werden —, wurde dem Hohen Hause eine Entschliebung zur Beschlußfassung vorgelegt, die die Fortführung des Baues von Großkraftwerken sichern soll. Welche Mittel hiezu notwendig sind, zeigt die bisher aufgewendete Summe. Wir haben in den Jahren 1948, 1949 und 1950 allein in den verstaatlichten Elektrizitätsgesellschaften 2025 Millionen Schilling investiert. Notwendig wäre der Bau neuer Großkraftwerke im östlichen Österreich, weil dieser Teil stark industrialisiert und daher ein größerer Stromverbraucher ist. Es sind Pläne für einen Donau-Großkraftwerkbau in Persenbeug vorhanden. Dieses Werk könnte eine Lücke in der Stromversorgung im östlichen Österreich schließen. Vor etlichen Monaten wurde der österreichischen Bevölkerung durch die Presse mitgeteilt, daß die Anlagen von Persenbeug dem österreichischen Staat übergeben wurden. Bisher ist es bei dieser Mitteilung geblieben. Die Übergabe ist noch nicht erfolgt, Herr Abg. Kopenig! Mit den Arbeiten konnte daher noch nicht begonnen werden. Sie könnten sich also hier einschalten, Sie könnten sich nützlich betätigen.

ÖVP-Kreise haben neuerlich mit einer Kampagne gegen das 2. Verstaatlichungsgesetz eingesetzt. Der Strombedarf ist gewaltig gestiegen und wird noch gewaltig steigen. Einige Ziffern zeigen dies mit aller Eindringlichkeit. Im Jahre 1947 verbrauchte die Industrie 0·8 Milliarden Kilowattstunden. 1951 liegen die Schätzwerte bei 2·5 Milliarden Kilowattstunden. Es ist also eine Steigerung um 211 Prozent eingetreten. Diesen Strombedarf kann heute eine private Energiewirtschaft nicht mehr sichern. Es gibt nur

eine Sicherung auf einer höheren Ebene, die Sicherung durch die öffentliche Hand.

Auch die Preisgestaltung kann nicht mehr dem einzelnen überlassen werden. Die derzeitige Übung der Preisbildung zeigt die Vorteile. Nach den verkauften Kilowattstunden ergibt sich für den Letztverbraucher ein Durchschnittspreis von 49·2 Groschen. Der Strompreisindex ist im Vergleich zum Jahre 1937 auf 260 gestiegen. Diese Ziffer zeigt, wie unsinnig die Behauptungen sind, daß der Strompreis in Österreich überhöht sei. Aber diese Ziffer zeigt noch etwas anderes, daß es nämlich bei diesen Preisen weder eine Verzinsung noch eine Amortisation der Anlagewerte gibt.

Die Kritik an der Preisbildung der Waren, die in den verstaatlichten Betrieben erzeugt werden, ist im allgemeinen unverständlich. Es gibt wenig Waren, die im Verhältnis so niedrig gehalten wurden wie die Waren, die in den verstaatlichten Betrieben erzeugt werden. (*Widerspruch beim KdU.*)

Sehen wir uns die Preisbildung auf dem verstaatlichten Eisen- und Stahlsektor an. Die Eisen- und Stahlpreise wurden das letzte Mal nach eingehenden Verhandlungen mit den Vertretern der Abnehmerindustrien am 1. April dieses Jahres festgesetzt. Nach dem 5. Lohn- und Preisübereinkommen erfolgte zum Unterschied von anderen Industriegruppen der Privatwirtschaft keine Erhöhung der Preise. Die am 1. April festgesetzten Preise lagen beim Sechs- bis Siebenfachen. Wo aber liegen die Preise bei den privaten Unternehmungen? Und wie wäre es, wenn die Privatwirtschaft sich ebenfalls mehr aufs Verhandeln als auf das Diktieren verlegen würde? Obwohl die verstaatlichten Eisen- und Stahlwerke in den Sommer- und Herbstmonaten keine Preiserhöhung vorgenommen haben, wurde jetzt eine Preisherabsetzung für die weiterverarbeitenden Betriebe festgesetzt. Diese Preiserstellung war bisher nur möglich, weil durch die bereitgestellten Geldmittel und durch die Arbeitsleistung der in diesen Betrieben Beschäftigten die Produktivität gesteigert werden konnte.

So betrug die Produktivität im dritten Quartal 1951 bei der Erzförderung 126·2 Prozent, bei den Hochöfen 116·5 Prozent, in den Stahlwerken 112·2 Prozent und in den Walzwerken 117 Prozent. Die Grundzahl für diese Ziffern ist der Jahresdurchschnitt 1950.

Übersehen wir bei der Beurteilung der verstaatlichten Betriebe auch nicht, daß in der NS-Zeit von unserem Standort aus gesehen diese Betriebe wahllos in die Landschaft gestellt wurden. Die Betriebe wurden nach den Bedürfnissen einer Großmacht gebaut und

2894 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

sind für unsere Verhältnisse heute zum Teil überdimensioniert. Wer waren denn die Arbeitskräfte in diesen Betrieben in der NS-Zeit? Es waren Kriegsgefangene, Zivilverschleppte oder die eigenen politischen Gefangenen. Für die Unterbringung dieser Arbeitskräfte genügten primitive, auf Pfähle gestellte Baracken. Diese schäbigen Baracken sind uns zum größten Teil erhalten geblieben, sie verunzieren unsere Städte und Industriorte.

Es ist daher für uns noch ein unangenehmes Problem zu lösen: die Beseitigung oder zumindest die Linderung des Wohnraum Mangels. Der Abg. Kraus hat gestern so getan, als ob auf diesem Gebiet überhaupt nichts geschehen wäre. Ich darf feststellen, daß auf diesem Gebiet Wesentliches geschehen ist. In den Jahren 1947 bis 1950 wurden im Auftrag der verstaatlichten Industrie insgesamt 5180 Wohnungen gebaut. Einschließlich des Plansolls für 1951 werden es 6181 Wohnungen sein.

Berücksichtigen wir auch, daß durch die Okkupation unseres Landes und die erfolgte Besetzung unsere Industriekapazität vom industriellen Osten nach dem agrarischen Westen verlagert worden ist. Hier liegt eine der Ursachen der Landflucht, für die heute wir alle mitsammen nichts können, entstanden aus den Verhältnissen heraus, als übles Erbe aus der vergangenen nationalsozialistischen Zeit. Es mußten die Arbeitskräfte in diesen agrarischen Gebieten gesucht werden, und es ist nun selbstverständlich, daß Arbeiter, die vorher in der Landwirtschaft, sei es als Landarbeiter oder Bauernsöhne gearbeitet haben, eine gewisse Anlaufzeit brauchen, bis sie Industriearbeiter werden, bis sie imstande sind, es den Industriearbeitern gleichzutun.

Ein weiterer Störungsfaktor in der verstaatlichten Wirtschaft sind die USIA-Betriebe, die unserer Kontrolle entzogen sind, die USIA-Betriebe, die uns wahrscheinlich noch einmal große Sorgen bereiten werden. Heute können wir nur feststellen, daß sie nicht für unsere Volkswirtschaft, sondern für die Volkswirtschaft einer fremden Macht produzieren.

Herr Minister Waldbrunner wurde während seiner bisherigen Amtstätigkeit des öfteren von ÖVP-Zeitungen und ÖVP-Funktionären deswegen angegriffen, weil über seinen Auftrag öffentliche Verwalter und Direktoren in verstaatlichten Betrieben entlassen wurden. Minister Waldbrunner hat von Anbeginn an niemanden im Zweifel gelassen, daß Ordnung und Sauberkeit ein wesentliches Element in der Führung der verstaatlichten Betriebe sein muß. *(Zustimmung bei den Partei-*

genossen.) Dazu sage ich als Sprecher der Sozialistischen Partei mit aller Deutlichkeit: Wir wünschen, daß Minister Waldbrunner auch in Zukunft jeden rücksichtslos aus den verstaatlichten Betrieben entfernt, der die Begriffe Ordnung und Sauberkeit mißachtet! *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Altenburger: Auch die Sozialisten!)* Und dazu sagen wir auch noch mit aller Deutlichkeit: Das Parteibuch darf keine Rolle spielen! *(Abg. Wallner: Auch der Sozialisten! — Abg. Altenburger: Leider sitzen die noch immer in der VÖEST!)* Der Unterschied zwischen uns und Ihnen, Herr Altenburger, ist ja der, daß Sie sich aufregen, wenn unsaubere Menschen beseitigt werden, wir es aber mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir danken dem Herrn Minister Waldbrunner für seine bisherige Tätigkeit, knüpfen aber daran die Bitte, auch in Zukunft seine volle Kraft für den weiteren Ausbau und Aufbau der verstaatlichten Betriebe zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen Erfolge in den verstaatlichten Betrieben sprechen für uns. Wir waren und sind die tragende Partei des Verstaatlichungsgedankens und wir wollen es auch in der Zukunft sein.

Die verstaatlichte Wirtschaft ist ein neues Element in unserer Volkswirtschaft. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei den Sozialisten.)* Wenn auch die verstaatlichte Wirtschaft kein sozialistisches Element ist, wird sie trotzdem unsere Förderung und unsere Unterstützung finden. Die verstaatlichten Betriebe sollen den festen und gesunden Unterbau unserer Volkswirtschaft bilden. Versuchen wir, in gemeinsamer Arbeit die Voraussetzungen zur weiteren Steigerung der Produktivität zu schaffen, um den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten und damit in Verbindung unseres ganzen Volkes zu verbessern! Erkennen wir die Zeichen der Zeit: Es gilt, Altes und Überlebtes durch Neues zu ersetzen! Wir Sozialisten werden für dieses Kapitel stimmen. *(Starker Beifall bei den Sozialisten.)*

Abg. Hartleb: Hohes Haus! Wenn ich von vornherein behaupten wollte, daß ich als Bauer mich berufen gefühlt habe, heute hier zu den verstaatlichten Betrieben und zu den Betriebsratswahlen zu sprechen, so würden die Parteien auf der Linken dieses Hauses das wahrscheinlich nicht geglaubt haben. Deshalb stelle ich eine solche Behauptung lieber gar nicht auf und bekenne ganz offen, daß mich die Ausführungen meines Vorredners veranlaßt haben, mich zum Wort zu melden.

Mein Herr Vorredner ist offenkundig bestrebt gewesen, seine geistige Unbeholfenheit durch Unverfrorenheit zu bemänteln. (*Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten. — Abg. Horn: Das ist eine Frechheit! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Eine Unverfrorenheit höchsten Grades (*Ruf bei den Sozialisten: Ist Ihr Benehmen!*) ist es, wenn man die Arbeiter, die es ablehnen, Ihre Partei zu wählen, in Bausch und Bogen als „Rückversicherer“ beschimpft! (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Da können Sie sagen, was Sie wollen, es ist und bleibt eine Unverfrorenheit! (*Abg. Frühwirth: Sie sind unverfroren! — Lebhaftige Zwischenrufe.*) Meine Herren! Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen zu dieser Frage etwas sage. (*Anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialisten.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abg. Hartleb (*fortsetzend*): Der Herr Abg. Lackner hat so getan, als ob es bei den Betriebsratswahlen seit dem Jahre 1945 nur einmal katastrophale Erscheinungen gegeben habe, und das sei der große Abfall an Stimmen beim VdU bei den Wahlen des Jahres 1951 gewesen. Wo da die Logik bleibt, weiß ich nicht, denn der VdU ist ja erst im Jahre 1949 gegründet worden. Wenn es nun jetzt einen katastrophalen Abfall gegeben hat, dann muß es auch einmal woanders einen katastrophalen Abfall gegeben haben, damit die Leute zu uns kommen konnten. Denn von nichts wird ja nichts, meine Herrschaften! Dieses Rätsel möchte ich Ihnen nun erklären.

Ich habe gerade aus den Ausführungen meines Herrn Vorredners den Eindruck gewonnen, daß die SPÖ noch immer nicht gelernt hat zu verstehen, in welcher Gefahr sie ist. (*Zwischenrufe.*) Wenn mein Herr Vorredner von morschen Dingen in Österreich gesprochen und gemeint hat, die kapitalistische Wirtschaftsordnung sei morsch und in Gefahr, dann bin ich etwas anderer Meinung. Ich bin der Meinung: Es ist alles morsch und alles in Gefahr, was mit dem Klassenkampf eng verbunden ist! (*Zustimmung beim KdU.*) Dieser Tatsache ist es zuzuschreiben, daß das ganze Gefüge der SPÖ langsam locker geworden ist (*Heiterkeit bei den Sozialisten*), daß Sie manchmal darüber ganz erstaunt sind, wieso es denn möglich ist, daß dieser Partei, die ein Monopol und ein Privileg dafür hat, die Arbeiter zu vertreten, es passieren konnte, ganz enorme Verluste zu erleiden. (*Rufe bei der SPÖ: Wo?*)

Und doch gibt es für diese Erscheinung eine einfache Erklärung. Nicht etwa so,

wie mein Herr Vorredner gemeint hat, daß die Unfähigkeit von ein paar gewählten Betriebsräten dies auslösen mußte; es kann auch die Unfähigkeit einer Partei, den Geist zu verstehen, der in der Arbeiterschaft vorhanden ist, die eigentliche Ursache dafür sein. Die Arbeiter in Österreich sind nicht dumm. (*Abg. Dr. Migsch: Drum wählen sie euch nicht! — Heiterkeit.*) Sie haben gemerkt, daß es da eine Demokratie gibt, die ihnen nicht recht verständlich ist. Wenn die Partei, die als privilegierte Hüterin der Demokratie hier in Österreich immer von der Demokratie redet, so undemokratische Mittel anwendet, daß sie Leute, die anders denken, aus den Betrieben hinauswirft, ihnen die Existenz raubt und sie unter Druck setzt, wie er ärger auch in Rußland nicht sein kann (*Abg. Dr. H. Kraus: Sehr richtig! — Abg. Weikhart: Das haben Sie notwendig!*), dann sagen sich diese Leute: Eine solche Demokratie kann uns gestohlen werden! Da ist uns dann schon eine Diktatur unter Umständen genau so lieb! Und weil sie nun wissen, daß der VdU keine Partei der Diktatur ist, gehen sie eben dann gleich zu der Partei, in der offen die diktatorischen Methoden vertreten werden, und lassen die Sozialistische Partei, die zwar Wein predigt, aber Wasser trinkt (*Heiterkeit*) — umgekehrt ist es: die zwar Wasser predigt, aber Wein trinkt —, rücksichtslos in Stich.

Der Herr Vorredner hat versucht, mit statistischen Auszügen den Beweis zu erbringen, daß seine Partei gesiegt hat. Das ist eine alte Methode, wir kennen das. Wenn in irgendeinem Betrieb Österreichs eine Betriebsratswahl stattfindet, dann haben alle gesiegt. Genau so, wie wenn man bei anderen Wahlen die Zeitungen zur Hand nimmt und liest, daß alle gesiegt haben. Natürlich können nicht alle recht haben, einer muß da etwas geflunkert haben.

Wir wären zum Beispiel in der Lage, der Statistik, die eben angeführt worden ist und die besagt, daß in acht Betrieben der VdU eine Niederlage erlitten hat, eine andere Statistik über das Ergebnis in über 50 Betrieben entgegenzustellen, in denen der VdU seine Stimmenzahl und seine Mandatszahl verdoppelt hat. Aber solche Statistiken sagen nicht alles. Warten wir doch in aller Ruhe das Ende der Betriebsratswahlen ab und beurteilen wir dann, ohne nur Teilergebnisse vor Augen zu haben, das Gesamte. Mit solchen Flunkereien ist ja nichts getan. Das tut man wirklich nur dann, Herr Abg. Lackner, wenn man keine anderen Argumente zur Verfügung hat, um Dinge zu beweisen, die sich eben nicht beweisen lassen.

Sie glauben, daß Sie einen Sieg errungen haben, wenn Sie es durch Ihren Betriebs-

2896 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

terror, durch Ihre Verleumdungen oder durch Ihre demagogische Einstellung in einem Betriebe erreicht haben, daß einzelne von unseren Leuten, die uns einmal gewählt haben, eingeschüchtert nunmehr zu den Kommunisten gegangen sind, weil sie wissen, daß hinter den Kommunisten eine Macht steht, die vielleicht eher in der Lage ist, sie in Schutz zu nehmen, als das beim VdU der Fall ist. Halten Sie das bei Gott für keinen Erfolg! Es ist weder für Sie ein Erfolg, noch ist es ein Erfolg für die KPÖ. Glauben Sie denn wirklich, daß die Menschen, die Sie mit solchen Mitteln von uns wegbringen, innerlich überzeugte Anhänger Ihrer Partei oder der KPÖ geworden sind? Nein! Wenn Sie fühlen und begreifen könnten, was die Menschen über Sie denken, würden Sie es wahrlich unterlassen, solche Dinge hier aufzurollen, sondern Sie würden eher schweigen, was das Beste gewesen wäre, was Sie in diesem Fall hätten tun können. *(Abg. Stampfer: Nur der Hartleb kann reden!)*

Ich sage Ihnen folgendes: Ich bin gar nicht so feindselig, wie Sie immer glauben, und ich habe zu Ihnen gar nicht eine solche Einstellung, wie man sie zum Beispiel aus den Blicken entnehmen konnte, die der Herr Nationalrat Lackner bei seiner Rede zu uns herübergeworfen hat. Am liebsten hätte er uns mit den Blicken ermordet. Zum Glück geht das nicht. Sie werden uns weder mit giftigen Blicken noch mit Lügen und Verleumdungen umbringen können, denn in der Geschichte wird einmal stehen: Der VdU hat den Kampf gegen alle Lüge, gegen alle verkappte Diktatur und den Mißbrauch demokratischer Prinzipien, die gegen ihn angewendet worden sind, durchgestanden! *(Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen. — Zwischenrufe bei den Sozialisten.)*

Das Schlimmste, was man tun kann, ist, wenn man nach einer Wahl diejenigen, von denen man enttäuscht ist — das sind die Wähler —, beschimpft. Damit geben Sie zu, daß Sie endgültig auf die Menschen verzichten und daß Sie sich die Fähigkeit, diese Menschen wieder zurückzugewinnen, gar nicht zutrauen.

Ich möchte nun auch ganz kurz etwas zur Frage der Verstaatlichung und der Sozialisierung sagen. Ich kenne die feinen Unterschiede, über die Sie da in Abhandlungen manchmal sprechen. Ich weiß, daß das in Ihren Augen nicht dasselbe ist. Ich weiß auch, daß Sie sich keineswegs einig sind in der Beurteilung, ob das eine oder das andere das Wünschenswertere oder das Erträglichere sei. Ich habe das Gefühl, daß es da zwei eng nebeneinander liegende Geleise gibt, von denen das eine von dem einen Teil Ihrer Partei

und das andere von dem anderen Teil lieber befahren werden würde. Was ich aber nicht weiß und was mir noch keiner bewiesen oder in glaubwürdiger Form beigebracht hat, ist, ob eines der beiden Geleise dorthin führt, wo es dem Arbeiter besser geht. Und diese Zweifel bestehen im weitesten Ausmaß auch in den Kreisen der Arbeiter, auch in den Kreisen Ihrer eigenen Anhänger.

Ich habe schon einmal gesagt: Es ist ein Verhängnis für die SPÖ, daß sie aus den alten, ausgefahrenen Geleisen nicht herausfindet. *(Abg. Olah: Sie haben überhaupt keines!)* Ich habe manchmal gehofft, daß es einzelne Köpfe in ihren Reihen geben wird oder daß solche heranwachsen, die es verstehen, daß man nicht ewig im Klassenkampfgeleise fahren kann. Ich muß sagen: Ich habe die Hoffnung so ziemlich aufgegeben. *(Abg. Truppe: Denken Sie zurück, was Sie in Ihrem Leben schon getan haben!)* Es ist bitter, Herr Pittermann, aber es ist so, wenn man gar keine Argumente vorbringen kann, die als Begründung für ein so grundlegendes Propagandaschlagwort, wie es Sozialisierung und Verstaatlichung bei Ihnen ist, dienen können. Bemühen Sie sich doch einmal, diese Begründung ausfindig zu machen und sie jenen Leuten beizubringen, zu denen auch ich gehöre, die bis heute nicht daran glauben können, daß dieser Weg zum Heile der Allgemeinheit oder auch nur zum Heile der Arbeiter sei. *(Abg. Dr. Pittermann: Sie sind ein aussichtsloser und ein hoffnungsloser Fall!)*

Es ist von meinem Herrn Vorredner auch etwas über die Strompreise gesagt worden, und da bin ich ihm geradezu dankbar dafür. Er hat es als eine Folgeerscheinung der Verstaatlichung der Elektroindustrie angesehen und auch so dargestellt, daß wir derzeit nur einen Endpreis von 49 Groschen pro Kilowattstunde für den elektrischen Strom zu bezahlen haben. Ich möchte, um die Sitzung nicht zu lange mit diesem Thema aufzuhalten, mir daher erlauben, mich vielleicht nach der Sitzung mit dem Klub der SPÖ in Verbindung zu setzen, damit er mir die Stromquelle nennt, aus der wir Bauern Strom um 49 Groschen pro Kilowattstunde beziehen können. Wir zahlen nämlich derzeit viel, viel mehr, und es schaut beinahe so aus, als ob man uns da wieder einmal benachteiligen würde. Wir werden uns für diese Sache sehr interessieren und für jede zweckmäßige Auskunft außerordentlich dankbar sein. *(Abg. Dr. Pittermann: Aber gehen Sie zur richtigen Adresse!)*

Die Eisenpreise, die ebenfalls gestreift worden sind, heute noch einmal zu besprechen, halte ich deshalb für überflüssig, weil ich es

gestern oder vorgestern schon getan habe. Ich muß nur annehmen, daß mein Herr Vorredner nicht da war, denn wenn er da gewesen wäre, hätte er sich eigentlich mit dem Vorwurf beschäftigen müssen, den ich vorgestern erhoben habe und der darin besteht, daß man Donawitzer Eisen als Importeisen um 40 oder 50 Prozent teurer an die Landbevölkerung verkauft, als die offiziellen Eisenpreise sind. Solange Sie diesen Vorwurf in keiner Weise zu entkräften versuchen, muß ich annehmen, daß er hundertprozentig richtig ist. Wenn das der Fall ist, so ist dies — entschuldigen Sie den Ausdruck — eine grenzenlose Schweinerei. (*Ruf: Nennen Sie die Firma, die es zu dem Preis verkauft!*)

Wenn Sie glauben, dem VdU immerfort mit Anschuldigungen wegen der Papiergeschenke eines anhängen zu können, möchte ich Ihnen nur sagen: Geben Sie das auf, es ist wirkungslos! Die Bevölkerung ist viel zu gut informiert über die tatsächlichen Zustände in Österreich, als daß sie sich darüber aufhalten würde, wenn der eine Papier für ein paar Stimmzettel geschenkt bekommt, während der andere es unter Duldung der gesamten Öffentlichkeit verstanden hat, sich eine ganze Papierfabrik beizulegen (*Beifall beim KdU*), was ihn in die Lage versetzt, auf jedes Papiergeschenk zu verzichten. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt! (*Abg. Dr. Pittermann: Wer hat eine Papierfabrik?*) Das ist ein altes Sprichwort. Und in diesem Fall sitzen Sie selbst in einem Haus, das ringsum nur aus Glas besteht. (*Abg. Dr. Pittermann: Herr Hartleb, wer hat eine Papierfabrik?*)

Wenn der Herr Vorredner seine Ausführungen damit geschlossen hat, daß er meinte, es dürfe in einer richtigen und wahren Demokratie und bei einer richtigen Führung der staatlichen Betriebe dort kein Parteibuch beachtet werden und das Parteibuch müsse gleichgültig sein, dann freue ich mich, sagen zu dürfen, daß ich da hundertprozentig mit ihm übereinstimme. Ich möchte ihn nur bitten, daß er uns dabei hilft, die Funktionäre der SPÖ in den Betrieben davon zu überzeugen, daß es keineswegs mit seinem Grundsatz übereinstimmt, wenn man Menschen, die nichts anderes verbochen haben, als eine andere politische Ansicht zu haben, um ihre Existenz bringt, aus dem Betrieb hinauswirft und sie unter schwersten Druck setzt, denn das ist keine Demokratie (*Zustimmung beim KdU*) — nicht in den Augen des VdU, aber auch nicht in den Augen der Arbeiter. Und wenn Sie so weitermachen, dann kann ich Ihnen sagen, wird dies für uns zwar vorübergehend unangenehm sein, es wird aber sicher

dazu führen, daß die Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Zahl den Glauben an die vollständig verliert, die hier von Demokratie reden und draußen den Terror in den stärksten Formen bedenkenlos und rücksichtslos anwenden. (*Lebhafter Beifall beim KdU.*)

Präsident **Böhm** (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner kommt der Herr Abg. Nedwal zum Wort. (*Abg. Dr. Pittermann: Das war die Märchenstunde bei Großpapa Hartleb! — Abg. Hartleb: Herr Dr. Pittermann, denken Sie lieber über die Niederlage in Straßburg nach! — Abg. Dr. Bock: Die kann man ihm wirklich nicht vorwerfen! — Abg. Dr. Pittermann: Der Freund de Gaulle hat telegraphiert! — Heiterkeit.*) Das Wort hat der Herr Abg. Nedwal!

Abg. Nedwal: Hohes Haus! Ich bin nicht in der Lage, mich auf jenes hohe Niveau zu begeben, auf dem sich meine beiden letzten Herren Vorredner bewegt haben. Ich möchte Ihnen als Vertreter des Burgenlandes, und zwar als Vertreter des südlichsten Teiles dieses Landes, hier einen Situationsbericht über die Verkehrsverhältnisse des Burgenlandes im allgemeinen und des südlichen Burgenlandes im besonderen geben.

Als das Burgenland vor 30 Jahren an Österreich angeschlossen wurde, wurden durch die neuen Staatsgrenzen die Verkehrsadern des Landes durchschnitten, und es entstand eine sehr ungute Verkehrslage, die sich im Laufe der Zeit bis zum heutigen Tag auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sehr ungünstig auswirkte.

Wir haben im Burgenland keine einzige brauchbare Durchzugsstraße. Wir haben keine Eisenbahn, ja wir haben sogar einen Bezirk im Lande, der überhaupt über keine Eisenbahnverbindung verfügt, auch nicht über eine Sackbahn. Aus diesem Situationsbericht werden Sie verstehen, daß die Bevölkerung dieses Landes unter weitaus schwierigeren Verhältnissen ihre Existenz fristet, als das anderswo der Fall ist.

Schon während der Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Ungarn wurden die Verkehrsbedürfnisse nicht besonders berücksichtigt. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß das damalige Ungarn an dem damaligen Westungarn nur in zwei Belangen ein Interesse hatte: bei den Wahlen und bei den Assentierungen.

Nach dem Anschluß an Österreich wurden auch diese wenigen Verkehrsmöglichkeiten durchschnitten und zerbrochen. Wir kämpfen jetzt seit 30 Jahren mit diesem Übel und sind bis heute noch nicht in der Lage gewesen, jeder Gemeinde zumindest eine Zufahrts-

2898 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

straße zur Verfügung zu stellen. Wenn ich Ihnen sage, daß wir heute noch in meinem Bezirk unter 56 Gemeinden 13 Gemeinden haben, die über keine Zufahrtsstraße verfügen, so können Sie sich ein ungefähres Bild von den Verkehrsverhältnissen machen.

In diesem Zusammenhang ist es auch begreiflich, daß uns, wenn wir in andere Gebiete Österreichs kommen und uns dort die Straßenverhältnisse ansehen, ein gewisser Neid erfüllt — ohne daß wir deshalb erblich belastet zu sein brauchen —, wenn wir sehen, daß dort Güterwege gebaut wurden und daß diese zu einzelnen Gehöften führen, während wir nicht in der Lage sind, Gemeinden mit 600, 800 oder 1000 Einwohnern je einen Güterweg zur Verfügung zu stellen. Es ist eine Tatsache, daß seit dem Jahre 1945 auf diesem Gebiet sehr viel und sehr Ersprießliches geleistet wurde, und wir Burgenländer danken allen zuständigen Stellen für diese Mithilfe und für diese Unterstützung.

Ich möchte hier von dieser Stelle aus alle zuständigen Stellen dringendst bitten: Unterstützen Sie uns auch weiterhin, damit es doch in absehbarer Zeit möglich wird, auch diesen Teil des Landes und des Staates verkehrstechnisch so auszugestalten, daß auch wir in der Lage sind, unsere Produkte zu einem entsprechenden Preis auf den Markt zu bringen!

Sie müssen bedenken, daß infolge der Verkehrsschwierigkeiten jedes Agrarprodukt, das aus dem Bezirk hinausgeht, beim Produzenten wesentlich niedriger im Preis steht und jedes Konsumprodukt, das in den Bezirk hereinkommt, wesentlich höher bezahlt werden muß. Ich glaube, auch diese Menschen, die fleißig und bescheiden sind, haben einen Anspruch darauf, daß sie womöglich unter den gleichen Lebensbedingungen wie die übrige Bevölkerung ihr bescheidenes, karges Dasein fristen können.

Ich glaube, ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich Ihnen mitteile, daß die Südburgenländer derzeit vielleicht die einzigen wirklich brauchbaren Saisonarbeiter des Staates abgeben, daß diese Saisonarbeit vielleicht die schwerste, ich möchte sogar sagen, die geschmähteste Arbeit überhaupt darstellt und daß sich diese Leute trotzdem dazu entschließen, diese schwere und geschmähte Arbeit zu verrichten. Der Grund liegt darin, daß sie eben bemüht sind, in jeder Weise dazu beizutragen, ihren Lebensstandard und ihre Zukunft in irgendeiner Weise zu sichern und zu verbessern.

Ich bitte Sie daher nochmals: Unterstützen Sie uns, daß wir in die Lage kommen, den gegebenen Verhältnissen entsprechend zum mindesten für jede Gemeinde eine Zufahrts-

straße zu erbauen und für jeden Bezirk einen Eisenbahnanschluß zu erreichen. (*Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.*)

Abg. Voithofer: Hohes Haus! Aus allen europäischen Parlamenten, aus allen Staaten, in denen Demokratie und Freiheit herrschen und in denen über das Budget frei beraten werden kann, kann man hören, daß vor allem die Staatsbahnen, die Landesbahnen, die Stadtbahnen usw. mit den größten finanziellen Schwierigkeiten zu ringen haben. Die Fachliteratur des internationalen Verkehrswesens, auch die einzelnen Überprüfungen von städtischen Straßenbahnen, von Landesbahnen, darüber hinaus von manchen Privatbahnen, soweit solche — wie auch hierzulande — noch bestehen, und ebenso von Privatbahnen, die noch in solchen Staaten geführt werden, die sich einer geordneten finanziellen Gebarung erfreuen, zeigen, daß die Verkehrsunternehmungen auf Schienen die größten Budgetsorgen machen. Daher ist es nicht ganz verständlich, warum in der gestrigen Debatte einige Abgeordnete weniger sachlich und ernst als vielmehr gehässig zu diesen wahrhaft volkspolitischen und wirtschaftlichen Problemen Stellung genommen haben. Wir in Österreich haben dazu noch die Schwierigkeiten, daß der größte Teil der Schienenwege durch Gebiete führt, in denen die Erhaltung und Erneuerung der Anlagen gewaltig mehr Kosten erfordert, als es in unseren Nachbarstaaten der Fall ist. Wir haben zudem noch den kolossalen Kohlenverbrauch, der jedenfalls jedem Abgeordneten, wenn er das Budget eingehend studiert hat, sagen wird, daß er eine ganz gewaltige Post des Abganges bei den Österreichischen Bundesbahnen bildet. Außerdem haben wir noch auf Jahre hinaus das Erbe des Krieges zu tragen.

Hier stehen wir nicht nur vor den faktischen Zerstörungen, sondern auch vor einer ganz gewaltigen Abnützung. Während des Krieges, als „alle Räder für den Sieg rollen“ mußten, wurde ja sehr wenig für die Erhaltung und Erneuerung getan. Dazu kommt die weit über das Jahr 1937 hinausreichende Überalterung nicht nur der Schienenanlagen, Sicherungsanlagen und Stationsanlagen; wie jeder Fahrgast bemerken kann, haben wir sogar Lokomotiven, die noch in den neunziger Jahren gebaut wurden. Wir haben Schienen und Weichenanlagen, die zum Teil noch aus den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammen. Es ist daher erklärlich, daß sowohl der Anfall an Erhaltungsarbeiten, an Reparaturen, wie auch an Erneuerungsarbeiten ungeheuer groß ist und daß die verantwortlichen Persönlichkeiten

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951. 2899

unserer Verwaltung auch bei gewissenhaftester Prüfung der Sachlage nicht einmal mehr das Dringendste an Schäden zu beheben und an Bauarbeiten durchzuführen vermögen, weil das Finanzministerium selbst für diese dringenden Aufgaben zur Sicherung und Verbesserung des gesamten Verkehrs die Mittel nicht zur Verfügung stellen kann.

Es entspricht daher nicht gerade der Würde des Hauses, wenn manche Abgeordnete in einer geradezu gehässigen Weise, nur weil es das Ministerium Waldbrunner ist, von jeder Sachlichkeit abweichen, während die Eisenbahnbeamten, die Bediensteten und Arbeiter seit dem Jahre 1945 Tag und Nacht bemüht sind, das Letzte für dieses Unternehmen zu tun und zu geben, um der Wirtschaft, um unserem ganzen Volk und um der Neuaufrichtung und Verbesserung unserer Lebensformen zu dienen.

Wir verzeichnen nun auch die Tatsache — das darf nie vergessen werden, und kaum ein Abgeordneter hat dies in der gestrigen Debatte auch nur einer bescheidenen Würdigung unterzogen —, daß es diese sosehr verarmten Österreichischen Bundesbahnen, die in ihrer Substanz während zweier Kriege fast völlig zerstört wurden, dennoch auf sich genommen haben, nebenher eine soziale Mission zu erfüllen, wie dies bei Staatsbahnen anderer, finanziell stärkerer Staaten; geschweige denn bei Privatbahnen kaum zu verzeichnen ist. Hunderttausende Arbeiter und Angestellte bekommen ermäßigte Arbeiter- und Angestelltenkarten. Es ist dies weniger ein besonderes Entgegenkommen gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern als vielmehr eine stillschweigende Subvention an unsere Wirtschaft, an die Arbeitgeber. Daneben bestehen die niedrigen Tarife. Wenn also von der Opposition Klage darüber geführt wird, daß die Tarife viel zu hoch seien, dann müßten ihnen die einfachsten Zahlen diese Vorstellung sofort korrigieren.

Ich stelle nur folgenden Vergleich an: Der Index weist nach dem Hundertsatz vom März 1938 aus, daß die Kohlen um 866, Eisen um 596, Holz um 816 und die Baukosten um 791 gestiegen sind, während die Personentarife nur um 229 und die Gütertarife um 315 erhöht wurden. Es ist daher nicht richtig, wenn man von einer übermäßigen Erhöhung der Tarife spricht, sondern es wäre gerechter, wenn man den Maßstab des allgemeinen Index zu einer entsprechenden Wertung der Tarife anlegen würde.

Wenn vor allem die Wirtschaft und die Herren der ÖVP in dieser Wirtschaft diese Gebarung etwas genauer und in einer etwas günstigeren Atmosphäre überprüfen würden,

dann müßten sie zu der Erkenntnis kommen, daß es bei den von ihnen verwalteten Unternehmen und Wirtschaftskörperschaften kaum eine Produktionsstätte, kaum einen Betrieb gibt, der sich bei der Erstellung der Kosten und Tarife bisher mit einem so niedrigen Prozentsatz begnügt hätte, wie dies bei den Österreichischen Bundesbahnen der Fall ist. Mit Fug und Recht kann gesagt werden, daß dies wahrhaft ein weitgehendes Entgegenkommen der Österreichischen Bundesbahnen und damit des österreichischen Staates ist.

Zunächst darf wohl auch noch darauf hingewiesen werden, daß am 3. Dezember anlässlich der Verkehrstagung in Wien die verantwortlichen Herren der Generaldirektion und vor allem unserer Betriebsdirektion in einem Einschaubericht klar nachgewiesen haben, welch ungeheure Mühe erforderlich ist, um unsere Österreichischen Bundesbahnen den neuzeitlichen internationalen Verkehrsverhältnissen einigermaßen anzupassen. Mit den kärglichsten Mitteln, mit der äußersten Anstrengung und mit den besten Einfällen unserer Exekutivorgane draußen, denen ja meistens die Mittel und das Material fehlen, ist es trotzdem möglich geworden, den ungeheuer gesteigerten Verkehr, der im Durchschnitt um mehr als ein Drittel höher als in den besten Verkehrsjahren vor 1937 ist, zu bewältigen.

Daß viele Wünsche der Bahnbenutzer noch nicht erfüllt werden konnten, ist unbestritten, aber zur Erfüllung dieser gewiß berechtigten Wünsche muß den Bundesbahnen auch die finanzielle Möglichkeit gegeben werden. Wenn nun nebenher auch wieder die Wirtschaft und zum Teil die sogenannte unpolitische Presse in einer strotzenden Unkenntnis der ersten Lage dieses Unternehmens in gehässigen Artikeln die Verwaltung, das Ministerium, den Minister und den Staatssekretär immer wieder angreifen, so darf auch hier gesagt werden, daß es gerade diese Wirtschaft war, die aus dem vorjährigen Budget 1951, aus den Mitteln, die dem Ministerium Waldbrunner zur Verfügung gestellt waren, einen ganz gewaltigen Betrag geschöpft hat. Für Arbeitsaufträge an die Industrie und die gewerbliche Wirtschaft wurde im ordentlichen Aufwand ein Betrag von 885 Millionen Schilling ausgegeben, für die Investitionen im außerordentlichen Aufwand ein Betrag von 577 Millionen Schilling, also ein Gesamtbetrag von 1462 Millionen Schilling, der an die Wirtschaft, an die Kleingewerbetreibenden, an die Lieferanten und Baumeister zurückgeflossen ist. Und umgekehrt sehen wir die in so vielen Fällen unsachliche Betrachtung dieses für die Wirtschaft im allgemeinen, aber auch für die

2900 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

Privatwirtschaft insbesondere so wertvollen Unternehmens. Nebenher wurde noch ein Steuerbetrag von 138 Millionen Schilling abgeführt. Wir wollen hier nicht in Details eingehen, aber unsere Fachleute könnten darüber Auskunft geben, wieviel Devisen die Österreichischen Bundesbahnen für die Gesamtwirtschaft unseres Landes einbringen.

Wir glauben, daß ein solches Unternehmen wahrlich auch das Recht hat, seine dringenden wirtschaftlichen Nöte und Bedürfnisse nicht nur an das Parlament, sondern auch an die Regierung und vor allem an das Finanzministerium heranzutragen, wo man aber selbst in vordringlichsten Fällen nur selten Verständnis findet. Ich will Ihnen das sofort beweisen und Ihnen dazu ein Beispiel aus dem Sektor des Bau- und Bahnerhaltungsdienstes geben, wo ganz gewaltige und wichtige Vorhaben noch in diesen Wochen und Monaten zu erfüllen gewesen wären; aber das war nicht möglich, weil man vom Finanzministerium die dafür erforderlichen Geldmittel zu erwirken nicht in der Lage war. Es mußten im Monat November 3500 Verstärkungsarbeiter entlassen werden. Erst nach mühseligen Vorstellungen des Ministers Waldbrunner ist es möglich geworden, einen ganz bescheidenen Teil, und zwar nicht einmal 300 Leute, wieder einzustellen. Das bedeutet aber, daß der ohnehin vorhandene, umfangreiche Rückstand der Bauarbeiten an Schienenanlagen, an neuen Anlagen aller Art, an den Hoch- und Tiefbauvorhaben, bei der Lawinenverbauung, bei den Sicherungsbauten in den verschiedenen Tälern, bei Uferschutzbauten nicht aufgearbeitet werden kann. Sie spüren es schon zum Teil selbst, daß die Langsamfahrtsignale Warnungszeichen gegen diesen ungeheuren Mangel an Geldmitteln für die nötigsten und dringlichsten Aufgaben sind.

Die Leistung der Eisenbahnerschaft im allgemeinen steht manchmal ebenfalls in der Öffentlichkeit in einem schiefen Licht. Auch da sind die Tatsachen ganz anders. Mehrere Abgeordnete haben anlässlich der Behandlung dieses Kapitels im Finanzausschuß darauf hingewiesen, welche Schulden die Bundesbahnverwaltung an ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter hat, und zwar Schulden für Überleistungen, Überstunden, an Urlauben und dienstfreien Tagen. Diese Tage gehen in die Hunderttausende. Zehntausende von Bediensteten haben ihre Urlaubstage noch nicht konsumieren können. In der Zeit der Sommermonate, in der sich die anderen wenigstens eine oder zwei Wochen Urlaub gönnen können, müssen die Eisenbahner, gleichgültig, ob Vorstand oder Oberbauarbeiter, auf ihren Dienst- und Arbeitsposten bleiben, ebenso jetzt zu

den Weihnachtsfeiertagen; aber das notiert man nicht. Wir machen der Verwaltung keinen Vorwurf. Sie kann nichts dafür, daß sie nicht in der Lage ist, für die geleisteten Arbeitsstunden, für den schweren Dienst unserer Zugförderungsleute, des Zugbegleitpersonals, des Personals des Verschubdienstes und der Leute in den Werkstätten eine finanzielle Entschädigung oder irgendeinen Ausgleich zu geben. Man kann mit Fug und Recht fragen: Was alles wollen Sie noch von diesen Leuten mit ihren bescheidenen Bezügen begehren? Zudem haben die verschiedenen Kategorien Erschwerniszulagen, Leistungszulagen, die kaum ernst genommen werden können, weil sie seit 1. Oktober 1949 keine Veränderung mehr erfahren haben. Mehr Pflichten und noch mehr Fleiß können Sie von diesen Leuten wahrhaftig nicht mehr verlangen!

Es ist daher durchaus nicht angemessen, daß man über diesen Stand, weil dort und da einer versagt — das will ich auch gar nicht bestreiten, und es wird unsere Verwaltung dafür sorgen, daß der Unfleißige, der Gewissenlose und der Pflichtvergessene entsprechend scharf zur Verantwortung gezogen wird —, den Stab bricht. Sie haben in den letzten Tagen für diese Gewissenhaftigkeit wahrhaftig einen Beweis erfahren, als sich ein Mann, der an der letzten großen Eisenbahnkatastrophe vollständig unschuldig war, das Leben genommen hat. Das ist aber nicht nur einer, sondern wir haben Tausende von Eisenbahnern, die in größter Hingabe in ihrem Dienst stehen und ihre Pflichten erfüllen.

Wir ersuchen daher den Herrn Bundesminister, mit den zuständigen Referenten und dem hierfür maßgebenden Zentralauschuß die Frage zu überprüfen, ob es nicht für die nächsten Jahre möglich wäre, eine Lösung zu finden, durch die die Entlassung von Verstärkungsarbeitern im Herbst verhindert wird. Wir sind uns darüber klar, daß die Aufnahme von ständigen Arbeitern in diesem Ausmaße nicht durchführbar ist, aber wir glauben, daß im Einvernehmen mit den hierfür berufenen Verwaltungsstellen und unserem Zentralauschuß der Personalvertretung ein Weg und auch die Bedeckung dafür gefunden werden könnte, eine bestimmte Reserve an Bediensteten zu schaffen, damit auf der einen Seite die nicht entschädigten Überleistungen abgetragen werden können und man in einer zweiten Phase auch den Bedürfnissen des Verkehrs und seinen dringendsten Erfordernissen Rechnung tragen kann.

Bei diesem Anlaß wäre schließlich auch noch zu sagen: Wir würden Sie, Herr Bundesminister, dringend darum ersuchen, daß bei der Vergebung von Arbeiten an die Privatindustrie stärker darauf Bedacht genommen

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951. 2901

werde, daß erstens die übertragenen und auszuführenden Arbeiten auf das gewissenhafteste erfüllt werden, daß zweitens aber auch als Bestandteil in diese Verträge vor allem der Schutz der Arbeiterschaft hineingenommen wird. Wir haben leider bei Aufträgen, die die öffentlichen Stellen vergeben hatten, feststellen müssen, daß einzelne Firmen vergessen, daß wir in Österreich eine Arbeiterschutzgesetzgebung haben. Es wurden wieder Versuche unternommen, mit der Arbeiterschaft und den Angestellten nach den Methoden vor 1937 umzuspringen. Wir glauben, es ist eine moralische Verpflichtung, noch über das Gesetz hinaus vorzusorgen. Das höchste und erste Gut ist der arbeitende Mensch! Er soll vor allem spüren, daß er bei den Arbeiten, die der Staat und die Länder zu vergeben haben, auch der Schutzgesetzgebung entsprechend behandelt wird.

Schließlich ist es ein dringendes Bedürfnis unseres Personals und der Wunsch seiner Vertretung, dafür zu sorgen, daß endlich die Stellenpläne aufgefüllt werden. Die einzelnen Dienstzweige kommen sonst noch in wesentlich größere Schwierigkeiten. Ein Teil dieser kolossalen Überleistungen stammt ja daher, daß die vorhandenen Personalstände, das heißt die im Stellenplan vorgesehenen Zahlen durch den faktischen Personalstand nicht gedeckt erscheinen. Wir stehen heute meist noch unter dem Stellenplan. Daher das dringende Ersuchen, daß auch hier im Einvernehmen mit dem Finanzministerium jene Lösung gefunden werde, die einigermaßen Befriedigung auslösen kann.

Nun einige Richtigstellungen zu den gestrigen Ausführungen des Herrn Abg. Geisslinger. Er hat unter anderem die Werkstätte Wörth zitiert und gesagt, daß dort angeblich 800 Arbeiter aufgenommen wurden, und zwar durch die Vertrauensleute. Diese Information ist vollkommen unrichtig. Erstens waren es nicht 800, sondern nur 80 Arbeiter, und zweitens wurden sie nicht durch die Vertrauensleute sondern von der Dienststelle aufgenommen. Zudem ist aber zu sagen, daß diese Aufnahmen über dringendste Vorsprache des Herrn Bundesministers beim Finanzministerium erwirkt wurden, weil ja von dort, von dieser Werkstätte die uns fehlenden Befestigungsmittel, die wir weder aus dem Ruhrgebiet noch von den Alpine Montanwerken beziehen können, in Handarbeit hergestellt und geliefert werden, was dringendst erforderlich ist, wenn wir den Sicherheitserfordernissen auf der Strecke und bei den verschiedenen Anlagen gerecht werden wollen. *(Abg. Geisslinger: Das ist nicht bestritten worden!)*

Was die Angriffe gegen die Personalvertretung von verschiedenen Seiten anlangt, glaube

ich, daß im Finanzausschuß schon darauf hingewiesen wurde. Was aber die Postenbesetzung anlangt, bei der man den Herrn Minister und den Herrn Staatssekretär beschuldigt, nicht nur bei der Postenbesetzung sondern auch bei Beförderungen vorzugsweise Bewerber unserer Partei zu berücksichtigen, so ist dazu folgendes zu sagen: Ich habe mich erbötig gemacht, namens meiner Fraktion sofort dafür den Beweis anzutreten, daß es genau umgekehrt ist. Sie sind nicht in der Lage, verehrter Herr Abg. Geisslinger, uns mit Ihren Klubkollegen diesen Beweis zu erbringen. Denn wo sind dort, wo Ihre Herren Minister verwalten, dort, wo Ihre leitenden Beamten, die vielen Abteilungsleiter, die Vorstände in den Außendienststellen sitzen, wo sind dort die Leute, die andere Parteirichtungen als die der ÖVP vertreten? Sie finden Vertreter anderer Richtungen dort so selten wie bei uns draußen die weißen Gamsen. *(Abg. Geisslinger: Soll er sie vertilgen, wenn sie dort sitzen?)* Aber Sie sehen dort, wo Sie in Ihren Landesregierungen, in Ihren Ministerien und in den verschiedensten Verwaltungszweigen einen entscheidenden Einfluß haben, stets darauf, die bei Ihnen Vorgemerkten auf die Posten zu bringen.

Wie sieht das bei den Bundesbahnen aus? Wir haben es im Finanzausschuß schon erklärt. Die maßgeblichsten Personalbeamten gehören nicht unserer Partei an. *(Abg. Geisslinger: Was hat denn ein Personalbeamter schon bei den Bundesbahnen zu reden?)* Im Ministerium selbst sind die verantwortlichen Persönlichkeiten ebenfalls zum geringsten Teil Angehörige unserer Partei. Der Zentralausschuß, der sehr maßgeblichen Anteil bei der Postenbesetzung nimmt — zum Teil auch bei der Beförderung —, hat mit wenigen Ausnahmen einstimmig über die einzelnen Fragen und Anträge entschieden, die von der Verwaltung herangetragen wurden. Also in mehr als 90 Prozent der Fälle wurde mit den Vertretern und den Vertrauensleuten der KPÖ und Ihren Vertretern der ÖVP einstimmig abgestimmt. Dasselbe gilt für die Personalvertretung. Es ist daher falsch und unrichtig, wenn die Tatsachen vom Herrn Abg. Geisslinger so ins Gegenteil verkehrt wurden. *(Abg. Geisslinger: Ich werde mich gleich noch einmal zum Wort melden!)* Das steht Ihnen frei, wir wollen Sie daran nicht hindern!

Herr Geisslinger, wir dürfen Ihnen dies sagen, weil wir jahrzehntelang und noch mehrere Jahre in der Monarchie die Entwicklung der damaligen kaiserlich-königlichen Staatsbahn und die ganze Struktur kennen. Sie können uns nicht abstreiten: auch damals hat der Verkehrsbund und die christliche

2902 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

Gewerkschaft alles getan, um Andersgesinnte irgendwie zu beschatten. Wir sind froh, daß die Dinge jetzt anders geworden sind. (Abg. Geisslinger: *Wir zwei werden nie zusammenkommen! Das ist doch heller Wahnsinn!*) Ich bin sehr gerne bereit, Ihnen dies zu beweisen. Ich bin selber ein Opfer Ihres Terrors, und mit mir tausende andere Eisenbahner. (Abg. Geisslinger: *Vom Verkehrsbund?*) Nein, ein Opfer der christlichen Gewerkschaft! Und auf diesen Drohungen haben Sie Ihre Vaterländische Front aufgebaut. (Abg. Geisslinger: *Also der Verkehrsbund ist einmal unschuldig!*) Davon redet Herr Geisslinger nicht gerne. Aber die Tatsachen und die Erlebnisse sind härter als Ihre gefälschten Darstellungen. (Abg. Geisslinger: *Darüber werden wir noch weiterreden, Herr Voithofer! Seien Sie versichert!*)

Schließlich zu der Frage der Pensionisten. Von einer anderen Seite wurde behauptet, daß auch hier nach ganz falschen Gesichtspunkten vorgegangen wurde. Wir haben festgestellt, daß von den ehemaligen Nationalsozialisten 3500 Leute pensioniert wurden, in Wirklichkeit durch die Neueinstellungen derzeit aber nur 998 Personen im Genuß der Pension stehen.

Zum Abschluß noch eine andere Sache. In der gestrigen Sendung des „Rot-Weiß-Rot“-Senders, des Senders, der auf Kosten der österreichischen Steuerzahler ausgehalten wird, wurde unter dem Titel „Sieben Tage geschüttelt“ eine Sendung gegeben, in der folgendes zu hören war: Zunächst vernahm man Lärm auf einem Fußballplatz, wie der Ansager erklärte, von Wembley, England, anlässlich des Fußballländerkampfes Österreich-England. Dann flaute der Lärm etwas ab, und auf einmal vernahm man die Worte: „Du alter Bandit! Sie alberner Prahler! Sie großenwahnsinniger Dummkopf!“ Die Ansagerin fragte: „Ist das noch immer London?“, worauf der Spielleiter erwiderte: „Aber nein, das ist aus unserem Nationalrat! Sie hören die Tätigkeit unserer Abgeordneten!“

Aus der Art der Sendung konnte der Hörer zur Ansicht kommen, daß es sich hier um eine direkte Übertragung handle. Verschwiegen wurde den Hörern allerdings, daß alle diese Beschimpfungen von den Kommunisten stammten und gegen den Herrn Staatssekretär Graf gerichtet waren.

Der amerikanische Sender „Rot-Weiß-Rot“ stellte sich bewußt in den Dienst der Propaganda gegen Österreich und seine demokratischen Einrichtungen. Unter dem Schutz der amerikanischen Besatzungsmacht treiben sich im Sendebetrieb Elemente herum, die entweder, wie der Salzburger Sendeleiter, sich

im Ausland offen zum Neonazismus bekennen oder die sich, wie der Sprecher der erwähnten Szene, zum bewußten Werkzeug der Kommunisten machen. Ob Russische Stunde, ob blödelnder „Rot-Weiß-Rot“-Sender — für diese Erziehung zur Demokratie zahlt das österreichische Volk seit sieben Jahren Besatzungskosten!

Dazu wollen wir als Sozialisten nun folgendes erklären: Die Sozialisten fordern die Freigabe aller Sender in Österreich und außerdem den den Sozialisten zukommenden Einfluß auf die Programmgestaltung und Verwaltung des Rundfunks! Wir stellen fest, daß die im Rundfunkwesen beruflich Tätigen in der überwiegenden Mehrzahl stets als demokratische Österreicher gehandelt haben. Besonders in kritischen Tagen, beispielsweise im Oktober 1950, stand die große Mehrheit des Rundfunkpersonals auch in der RAVAG zu Österreich und seiner Regierung, wobei die Sozialisten in erster Reihe standen. Die Angestellten der RAVAG sind nicht der Ansicht des Herrn Abg. Ludwig, die er anlässlich der Budgetdebatte äußerte. Wir bitten daher den Herrn Bundesminister, auch diese Sache entsprechend zu würdigen.

Zum Abschluß erlaube ich mir namens meines Klubs folgenden Abänderungsantrag zum Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über das Bundesfinanzgesetz (461 d. B.) zu stellen:

- An Stelle der Post Kapitel 24, Titel 1, Post 29: „Wirtschaftsfördernder Informationsdienst für das In- und Ausland“ des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe..... 100.000 S treten die Posten
- a) Kapitel 28, Titel 1, Post 34: „Erhaltungskosten für Gebäude“ 50.000 S,
 - b) Kapitel 28, Titel 1, Post 35: „Bauten, bauliche Herstellungen“ 50.000 S.

Als Begründung für diesen Antrag kurz folgendes: Bei der Beratung im Finanz- und Budgetausschuß wurde der Einsetzung eines Bundesbeitrages zur Fertigstellung des Stephansdomes in der Höhe von 1.5 Millionen Schilling sowie der vom Finanzministerium vorgeschlagenen Aufteilung der Aufbringung auf die einzelnen Ressorts zugestimmt.

Die antragstellenden Abgeordneten und ihre Klubkollegen haben jedoch erst nachher erfahren, daß seitens des Finanzministeriums mit dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe kein Einvernehmen darüber gepflogen wurde, von welcher Post der für dieses Ministerium vorgesehene Betrag von 100.000 S aufgeteilt werden soll.

Es erscheint den antragstellenden Abgeordneten nicht gerechtfertigt, daß das Finanzministerium bei solchen Anträgen in der letzten Phase der Budgetverhandlungen selbstherrlich über die bereits beratenen Voranschläge eines anderen Ressorts bestimmt.

Die antragstellenden Abgeordneten sowie ihre Fraktionskollegen bekennen sich im Einverständnis mit dem zuständigen Ministerium zur Verringerung des Voranschlages des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe um 100.000 S als Beitrag für die Fertigstellung des Stephansdomes. Sie schlagen im Einverständnis mit dem zuständigen Minister, der die Ressortverantwortung trägt, vor, die Voranschläge der Budgetposten 34 und 35 aus Kapitel 28, Titel 1, um je 50.000 S zu vermindern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Abg. **Hinterndorfer**: Hohes Haus! Ich kann Ihnen die angenehme Mitteilung machen, daß ich der letzte Redner zu dieser Gruppe bin und mich, dem Wahrwort entsprechend: „In der Kürze liegt die Würze!“ kurz halten werde.

Die Gruppe X wurde bereits im Finanz- und Budgetausschuß eingehend behandelt. Es haben sich dabei fast zwei Dutzend Abgeordnete an der Debatte beteiligt. Ebenso war auch die Debatte im Hause gestern und heute sehr rege. Das ist nur selbstverständlich, da ja die größten Unternehmungen des Staates, Bahn und Post, jeden einzelnen nicht nur der Abgeordneten, sondern jeden einzelnen der Staatsbürger sehr interessieren.

Nun hat die heutige Presse eine Rede unseres Finanzministers gebracht, in der er sich mit den Bundesbahnen befaßt und die Zahlen gebracht hat, die alljährlich den Abgang in der laufenden Gebarung ausmachen. Er hat auch die Summen bekanntgegeben, die als Zuwendungen für den außerordentlichen Aufwand gebraucht werden. Diese Zahlen beweisen wieder einmal mehr, daß die Bahnen das Sorgenkind des Staates sind. Wie heute schon mehrmals betont wurde, ist das keine spezifisch österreichische Eigenheit, sondern das ist in allen Staaten so, weil die Bahnen ja das erste Ziel des Krieges waren und die Bombenangriffe viele Schäden verursacht haben und weil die nunmehrigen Aufwendungen für das zerstörte Material Unsummen Geldes kosten.

Die Mittel zur Deckung des Abganges und die Aufwendungen werden ja bekanntlich aus den Steuereinnahmen und zum geringsten Teil derzeit auch aus ERP-Freigaben genommen. Es ist daher Pflicht aller Gutgesinnten und jedes Staatsbürgers, mitzuhelfen, damit der Abgang in diesen Staatsbetrieben auf ein Minimum herabgedrückt wird.

Nun möchte ich aus den vielen Möglichkeiten nur eine aufzeigen, wie jeder Bahnbenützer in seinem eigenen Interesse — denn die Steuern kommen ja von den Arbeitgebern sowohl wie von den Arbeitnehmern — unserer Bahnverwaltung helfen kann. Es muß zugegeben werden, daß sich die Bahnverwaltung und auch das Personal sehr bemühen, jedem Fahrgast die Fahrt in der Eisenbahn angenehm zu gestalten. Und so stehen jetzt im Winter die Garnituren auf den Ausgangsbahnhöfen gereinigt, beleuchtet und geheizt da, die Fernzüge haben meist schon neues Waggonmaterial, auf den Nebenstrecken läuft ausgebessertes Material aus dem Kriege. Meine sehr verehrten Abgeordneten! Es würde sich aber lohnen, eine solche Garnitur einmal im Endbahnhof anzusehen. Ich will nicht sagen, daß das immer so ist, aber sehr oft muß man feststellen — um das mit einem wahren Wort zu sagen —, daß von seiten des Reisepublikums ein Vandalismus getrieben wird. Was nicht niet- und nagelfest ist, wird „sabralsiert“, Polsterungen werden zerrissen und mit Öl und allem möglichen verschmiert. Berufene Leute haben auf der Verkehrstagung einen solchen Fall aufgezeigt. Man hat einer Reisegesellschaft funkelnagelneue Waggons zur Abfahrt bereitgestellt, und als diese Reisegesellschaft nach Wien zurückkam, waren die Wagen in einem derartigen Zustand, daß sie sofort in eine Reparaturwerkstätte zur Ausbesserung gesendet werden mußten. Der eine oder die zwei Schaffner allein sind nicht in der Lage, jedes Vandalen habhaft zu werden. Es muß an die Disziplin, an die Selbstdisziplin des reisenden Publikums appelliert werden, mitzuhelfen, solche Leute, welche die Bahn in solcher Weise schädigen, sofort stellig zu machen, um der Bahn solche bedeutende Mehrkosten zu ersparen.

Der Herr Abg. Voithofer hat zu den gestrigen Ausführungen des Abg. Geisslinger Stellung genommen. Der Herr Geisslinger ist ihm dankbar, daß er seinen Fehler korrigiert hat. Herr Abg. Geisslinger hat nicht von 800 — vielleicht hat er sich versprochen —, sondern von 80 Personen in der Werkstätte gesprochen. Nicht entkräftigt aber wurde die Tatsache, daß nicht die Verwaltung, sondern eben der Vertrauensmann dort die Leute aufgenommen hat. Es würde zu weit führen, hier noch weitere Dinge vorzubringen. Aber es ist auch nicht so, daß man alle diese Dinge, die der Herr Geisslinger hier aufgezeigt hat, pauschaliter zurückweisen kann.

Ein zweites, was ich beim Kapitel Verkehr vorbringen möchte, ist die Tatsache, daß wir gerade in dieser Woche eine sehr traurige Statistik zu hören bekamen. Es wurde fest-

2904 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

gestellt, daß sich in den ersten zehn Monaten dieses Jahres nicht weniger als 28.698 Verkehrsunfälle ereignet haben, bei denen 20.833 Personen zu Schaden kamen, ganz abgesehen von dem Sachschaden, der dadurch entstanden ist. Ich glaube, es liegt im Interesse aller und vor allem des Staates, eine bestmögliche Verkehrssicherheit zu garantieren, gerade bei uns in Österreich, das ja als Fremdenverkehrsland gilt. Gerade bei Behandlung des Kapitels Verkehr muß man auf die nicht gesicherten Bahnschranken hinweisen. Ich selbst fahre mit dem Auto und kenne in meinem nächsten Gebiet einige Bahnübersetzungen, die man buchstäblich als Autofallen bezeichnen kann. Ich bin immer froh, wenn ich darüber hinweg bin. Man behauptet und sagt, der Fahrzeuglenker hätte eben die Pflicht, bei Bahnübersetzungen besondere Sorgfalt an den Tag zu legen. Nun, bei diesen Bahnübersetzungen, die ich im Auge habe, ist dies aber fast nicht möglich, denn der Zug kommt in einem Einschnitt daher, beiderseits sind hohe Böschungen. Bei einer Dampflokomotive kann man ja den Rauch der Maschine sehen, aber dort kommen auch Triebwagen, eine motorisierte Draisine oder ein Betriebszug. Gewöhnlich gibt es bei diesen Verkehrsunfällen dann sehr, sehr große Sachschäden. Diese nicht gesicherten Bahnübersetzungen mögen seinerzeit berechtigt gewesen sein, aber mit Rücksicht auf den durch die Kraftfahrzeuge derart gesteigerten Verkehr auf der Straße wird es angezeigt sein, im Interesse der Bevölkerung eine Überprüfung aller nicht gesicherten Bahnübersetzungen vorzunehmen.

Zum dritten wieder ein Wunsch, den ich immer wieder vorbringe und der die Postzustellung auf dem Lande betrifft. Die Posttarife wurden so erhöht, daß wir fast alle einen Schock bekommen haben. Die Landbevölkerung verlangt mit Recht, daß auch sie in gleicher Weise behandelt werden möge wie die städtische Bevölkerung. Wenn in den Städten die Post täglich zweimal zugestellt wird, so bedauert es die Landbevölkerung sehr, daß auf dem Land nur zweimal wöchentlich die Post zugestellt wird, und wenn auf einen dieser Tage ein Feiertag fällt, gar nur einmal. Ich verweise darauf, daß gerade die Sommerfrischler in den Sommermonaten noch mehr darüber ungehalten waren, wenn sie die Tageszeitung nur zweimal oder gar nur einmal in der Woche zugestellt bekommen haben. Ich weiß, daß das mit finanziellen Schwierigkeiten verbunden ist und daß man keine Briefzusteller einstellen kann, weil das wieder eine Mehrbelastung des Budgets wäre. Aber vielleicht wäre es möglich, diesen Wünschen der Landbevölkerung in irgendeiner Weise,

sei es durch Mitgabe der Post an die Lenker der Autobusse der Post- und Bahnlinien oder durch Schaffung von motorisierter Kraftpost, zu entsprechen. Vielleicht wäre es doch möglich, die berechtigten Klagen der Landbevölkerung, die uns immer wieder vorgebracht werden, zu studieren und hier eine Abhilfe zu schaffen.

Der Herr Kollege Lackner hat auch etwas über die Preisbildung bei den Grundstoffen in den verstaatlichten Betrieben gesprochen. Nun, hier habe ich Daten eines Fachmannes, eines Baumeisters, der mir mitteilt, daß der Preis des Stabeisens ab Händler derzeit 2.65 S beträgt, während es vor dem Jahre 1937 18 bis 20 g pro Kilogramm kostete und somit ungefähr eine Verzwölfachung erfuhr. Das ist insofern begründet, als alle anderen Waren in dieser Zeit auch eine Vervielfachung des Preises erfahren haben. Aber bedenken wir: Österreich ist das Land des Eisens, und hierzulande ist kein Eisen zu bekommen! Eisen und Bleche sind in Österreich Mangelware. Das führt dazu, daß die Großhändler den Baufirmen antragen, Importeisen und Importbleche zu kaufen, das natürlich wieder um einige Schilling teurer ist, wodurch sich der Eisen- und Blechpreis ungefähr auf das Zwanzigfache des Preises von 1937 stellt.

Es hat nun die Privatwirtschaft die Initiative für die Preissenkung ergriffen. Wir begrüßen das und hoffen, daß sie ununterbrochen fortgesetzt wird. Manche belächeln es und nennen es eine Augenauswischerei. Aber wenn wir einen Warenbestand im Werte von 20 Millionen Schilling annehmen und 5 Prozent davon abrechnen, ist das immerhin 1 Million Schilling.

Daher geht der Wunsch der Allgemeinheit und der gesamten Bevölkerung dahin, daß sich auch die verstaatlichte Industrie, die ja die Grundstoffe herstellt, der Preissenkungsaktion nicht verschließen solle, zum Nutzen der Wirtschaft, insbesondere zum Nutzen der Bauwirtschaft, die ja das Schlüsselgewerbe ist, und nicht zuletzt auch im Interesse der Vollbeschäftigung und somit auch zum Nutzen und Frommen des gesamten Staates. Die Österreichische Volkspartei wird für die Gruppe X stimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Spezialberichterstatter **Aigner (Schlußwort)**: Hohes Haus! Während der Budgetberatungen hat der Herr Abg. Voithofer einen Abänderungsantrag zum Budget eingebracht, und zwar dahin gehend, bei Kapitel 24, Titel 1, Post 29, die vorgesehene Verminderung um 100.000 S aufzuheben, diesen Ansatz unverändert zu lassen, dafür aber bei Kapitel 28, Titel 1, Post 34 und 35, die Ansätze um je 50.000 S zu

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951. 2905

verringern. Ich schließe mich dem Antrag des Herrn Abg. Voithofer und Genossen an.

Präsident **Böhm**: Damit ist die Aussprache über Gruppe X beendet.

Wir gelangen zur Beratung über die **Gruppe XI**: Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung); Kapitel 16: Finanzverwaltung, Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen (mit Ausnahme der Titel 2 und 5), Kapitel 27: Monopole, Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt.

Spezialberichtersteller **Grubhofer**: Hohes Haus! Im Auftrage des Finanz- und Budgetausschusses habe ich den Bericht über die Gruppe XI zu erstatten. Zu Beginn meines Berichtes sei es mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß bei der Beratung des Budgets für 1951 im Monat Dezember des Vorjahres der Nationalrat auf Vorschlag des Finanzausschusses zwei Entschlüsse gefaßt hat, und zwar eine Entschluß, die auf einen Antrag der Abg. Dr. Schöpf, Holzfeind und Hinterndorfer zurückging, betreffend die vollständige Nachziehung der Bezüge der öffentlich Angestellten und die Pensionsangleichung, und eine zweite Entschluß, die von den Abg. Frisch und Rosenberger ausging, wonach der Bundesminister für Finanzen aufgefordert wurde, anlässlich der 30jährigen Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich eine Bundeshilfe für das Burgenland vorzubereiten.

Es darf festgestellt werden, daß der Herr Finanzminister diesen Entschlüssen des Nationalrates im laufenden Finanzjahr, und zwar der ersten Entschluß zum größten Teil und der zweiten Entschluß voll, gerecht geworden ist.

Die Gruppe XI umfaßt Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 16: Finanzverwaltung, Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen, mit den Titeln 1: Besatzungskosten, 3: Durchführung des Staatsvertrages (Verrechnungsansatz), 4: Kinderbeihilfen, 4 a: Ernährungsbeihilfen, 6: Erfüllung von Rückgabeansprüchen und Erlös aus zugunsten des Staates verfallenem NS-Eigentum, und 7 — der jetzt neu eröffnet wurde —: Entschädigungen an politisch Verfolgte, Kapitel 27: Monopole, und Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt.

Diese Gruppe mit den vielen Kapiteln wurde im Finanzausschuß in der Sitzung am 22. November 1951 behandelt. Es haben sich in fast siebenstündiger Beratung nach

dem Referat des Berichterstatters 23 Redner zum Wort gemeldet, und der Herr Finanzminister hat in einem eingehenden Referat die Anfragen und all das, was vorgebracht wurde, beantwortet.

Die Gruppe XI umfaßt Einnahmen in der Höhe von 11.413,322.900 S, das sind 61,2 Prozent der im Gesamtbudget präliminierten Einnahmen und um 1.807,216.500 S mehr, als im laufenden Finanzjahr laut Budget vorgesehen ist.

Die Gesamtausgaben dieser Gruppe belaufen sich auf 4.738,639.900 S, das sind 25,3 Prozent der im Budget 1952 vorausgesetzten Ausgaben und um 1.300,598.000 S mehr, als im laufenden Finanzjahr vorgesehen wurden. Es entsteht somit ein Überschuß von 6.674,683.000 S.

Wenn wir alle anderen Gruppen des Budgets zusammennehmen, so partizipieren diese mit 74,8 Prozent, das sind 14.034,457.500 S, an den Ausgaben des Gesamtvoranschlags, und mit 38,8 Prozent, das sind 7.242,775.300 S, an den Einnahmen des Gesamtvoranschlags. Diese anderen Gruppen verzeichnen somit einen Abgang von 6.791,682.200 S. Dieser Abgang wird aus dem Überschuß der Gruppe XI, der sich aus den öffentlichen Abgaben und den Monopolerträgen zusammensetzt, mit der eben gesagten Summe von 6.674,683.000 S bis auf den geringen Abgang von 116,999.200 S gedeckt.

Das ist so ungefähr der Rahmen dieser Gruppe, und ich darf auf die besonderen Details in meinem Bericht hinweisen, der in Ihren Händen ist, ferner auch auf die ausführlichen Erläuterungen der Regierungsvorlage zum Finanzgesetz und besonders auf die vorzüglichen Erläuterungen, die das Steuerkapitel, also die öffentlichen Abgaben, dort gefunden haben.

Ich möchte nur einige Posten, die besonders hervorstechen, hier wiedergeben, und zwar auf der Ausgabenseite beim Kapitel 6 die Pensionen. Hier ist ein Erfordernis von 1.122,920.000 S präliminiert, das sind um 436,533.000 S mehr, als im laufenden Finanzjahr vorgesehen sind.

Hiezu darf ich sagen, daß einen wesentlichen Teil des Dienstvertrages zwischen dem Beamten und dem Staat eben die Gewährleistung der Pension, der Ruhe- und Versorgungsgenüsse, darstellt. Aus diesem Teil des Dienstvertrages, aus dieser Verpflichtung des Arbeitgebers, des Staates, entstehen eben diese hohen Summen, daher das Erfordernis von über 1 Milliarde Schilling.

Ich möchte hier noch genau die Zahl der Pensionisten der Hoheitsverwaltung einschließlich der Pensionisten im Schuldienst bekanntgeben. Es sind insgesamt 41.177 Pensionisten,

2906 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

29.340 Versorgungsgenüßempfänger, also Witwen oder Waisen, und 1853 außerordentliche Versorgungsgenüßempfänger, genannt Gnadenpensionisten.

Wenn wir diese Gesamtziffern aufgliedern, so kommen wir auf 30.440 Personen aus der Hoheitsverwaltung, die Pensionen beziehen, und 10.737 Pensionisten, die früher dem Schuldienst angehört haben. Es sind 25.120 Personen aus der Hoheitsverwaltung, die Versorgungsgenüsse haben, und 4220 Witwen beziehungsweise Waisen, die Versorgungsgenüsse nach solchen Personen, die ehemals im Schuldienst gestanden sind, beziehen. Dann haben wir 1680 Personen, zurückgehend auf die Hoheitsverwaltung, die einen außerordentlichen Versorgungsgenüß beziehen, und dazu kommen noch 173 Personen mit einer Gnadenpension, zurückgehend auf Personen, die ehemals im Schuldienst standen.

Weiter sticht auf der Ausgabenseite das Kapitel 18: Kassenverwaltung, hervor. Hier ist ein Erfordernis in der Höhe von 903.665.500 S festgestellt, und zwar sind das um 327 Millionen Schilling mehr als 1951.

Ich darf hier wieder auf meinen Bericht hinweisen und aus diesem anführen, daß dieses Mehrerfordernis hauptsächlich auf die Preisausgleiche zurückzuführen ist, und zwar für Brotgetreideimporte, Fettrohstoffimporte, Futtergetreideimporte und Düngemittelimporte, was insgesamt 700 Millionen Schilling ausmacht.

Und nun Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen. Sie sehen im Titel 1: Besatzungskosten, ein Erfordernis von 420 Millionen Schilling vor. Wir wissen, daß erst unlängst drei Besatzungsmächte, die noch Besatzungskosten verlangen, erklärten, mit diesem Betrag nicht zufrieden zu sein.

Beim Titel 4: Kinderbeihilfen, ist ein Erfordernis von 1.060.000.000 S notwendig. Das ist aber eine Durchlaufpost, denn 1 Milliarde Schilling sind als Einnahme verzeichnet, die in den Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe einbezahlt werden, und nur 60 Millionen Schilling hat der Staat diesem Fonds zuzuschießen.

Der Titel 7: Entschädigungen an politisch Verfolgte, ist neu. Nach diesem entfällt auf die Entschädigungen an politisch Verfolgte ein Geldansatz von 20 Millionen Schilling. Dieser Ansatz geht auf einen Antrag der Abg. Frisch, Holzfeind, Mark und Rainer zurück. Es ist nur erfreulich, daß für die politisch Verfolgten endlich einmal vorgesorgt werden konnte.

Wenn ich noch eine hervorstechende Post aus der Einnahmenseite beleuchten darf, so sind es vor allem die öffentlichen Abgaben.

Die öffentlichen Abgaben setzen sich zusammen aus 40 verschiedenen Steuern, Abgaben, Zuschlägen und Gebühren und bringen insgesamt 13.554.600.000 S, das sind um 2-3 Milliarden mehr, als 1951 veranschlagt waren.

Wenn wir nun, da wir zum Großteil eine verbundene Steuerwirtschaft haben, die Überweisungen, die an die Länder und Gemeinden zu leisten sind, abziehen, und zwar in der Höhe von 4.018.142.000 S — das ist wiederum um 525-7 Millionen Schilling mehr als 1951 —, so verbleiben dem Bund 9.536.458.000 S, das sind um 1.788.300.000 S mehr, als im Vorschlag 1951 vorgesehen war.

Ich darf auch hier wieder auf meinen Bericht hinweisen und Ihnen folgendes in den Sinn rufen: Wenn heute das Volkseinkommen in Österreich mit 50 Milliarden Schilling geschätzt wird, so nehmen der Staat beziehungsweise Länder und Gemeinden etwas über 25 Prozent dieses Einkommens in Form von Steuern weg. Der Anteil der direkten Steuern am Gesamtsteueraufkommen ist gegenüber jenem vor 1938 gestiegen. Damals war das Verhältnis so, daß die direkten Steuern 25 Prozent und die indirekten Steuern 75 Prozent ausmachten. Heute belaufen sich diese Prozentsätze auf 40 Prozent und 60 Prozent. Es darf aber auch hier darauf hingewiesen werden, daß eine Änderung dieses Verhältnisses in erster Linie eine sozialpolitische Frage ist, und wenn einmal eine Änderung geschritten wird, wird sie nur unter diesem Gesichtspunkt getroffen werden können.

Die höhere Veranschlagung, wie sie für 1952 vorgesehen ist, wird erst zu höheren Eingängen führen — wenn wir auch gemäß dem Bericht des Rechnungshofausschusses über das Finanzjahr 1950 schon guter Hoffnung sein dürfen, weil bei den öffentlichen Abgaben ein Mehreingang von insgesamt 1652 Millionen Schilling gegenüber dem Präliminare zu verzeichnen ist —, wenn die Steuerrückstände bezahlt werden und wenn auch die verstaatlichten Betriebe ihre Bilanzen vollständig verlaublichen und Steuererklärungen abgeben.

Kapitel 27: Monopole — und zwar ist hier das Tabakmonopol ausgeschlossen —: Salzmonopol, Staatslotterie und Branntweinmonopol bringen einen Überschuß von 123.175.600 S.

Ich darf hier im besonderen zum Tabakmonopol sagen, daß mit einem Ertrag der Anteilsrechte des Bundes an der Monopolesellschaft für 1952 nicht zu rechnen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Geschäftsergebnisse der Gesellschaft wegen des starken Anstiegens der Betriebsaufwendungen, insbesondere für den Ankauf von Rohtabak

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951. 2907

infolge der Angleichung des Schillings an die ausländischen Währungen, wobei aber seit 1949 die Verkaufspreise der Tabakfabrikate unverändert geblieben sind, einen Gewinn nicht erwarten lassen.

Wir sehen aber, daß gerade beim Kapitel 17, bei den indirekten Steuern, die Tabaksteuer samt Aufbauszuschlag an erster Stelle steht, denn sie bringt dem Staate 1070 Millionen Schilling ein. Wenn also heute viele Male in Raucherkreisen davon gesprochen wird, daß die Rauchwaren zu teuer sind, muß dabei immer beachtet werden, daß sie einer sehr großen steuerlichen Belastung ausgesetzt sind, und zwar sind das bei den Zigaretten vom Konsumentenwert 73,3 Prozent, bei den Zigarren 61,5 Prozent, beim Feinschnitt 75 Prozent, beim Pfeifentabak 56 Prozent, beim Kautabak 52,5 Prozent und beim Schnupftabak 55 Prozent. Die Raucher sind also eine wichtige Komponente im Staatsbudget, und sie bringen mit ihrem Genuß zugleich ein Opfer, das den Finanzminister in die Lage versetzt, den vielen staatlichen Verpflichtungen gerecht zu werden und insbesondere auch die vielen Notschreie, besonders der Kriegsoffer und der armen Leute, wenigstens zum Teil zu erhören. Somit habe ich Ihnen einige hervorstechende Abschnitte erklärt.

Ich darf noch sagen, daß sich einige Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage ergeben haben, und zwar wird in Kapitel 4: Staatsschuld, der Verrechnungsansatz des Titels 1 mit 2 Millionen Schilling festgesetzt. Dadurch ändert sich die Ausgaben-summe des Kapitels 4 von 195,887.400 S auf 187,887.400 S.

Bei Kapitel 17, Titel 6: Nebengebühren, Abgabenstrafen und Kostenersätze, wird der bisherige Einnahmenansatz von 60,000.000 S auf 61,000.000 S erhöht. Dadurch ändert sich die Einnahmensumme des Kapitels 17 von 9.536,458.000 S auf 9.537,458.000 S.

Im Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen, wird als neuer Titel 7 auf der Ausgabenseite die Post „Entschädigungen an politisch Verfolgte“ mit dem Verrechnungsansatz von 20,000.000 S, als neuer Titel 6 auf der Einnahmensseite die Post „Erlös aus zugunsten des Staates verfallenem NS-Eigentum“ mit 12,000.000 S eingesetzt. Dadurch ändert sich die Summe der sachlichen Ausgaben des Kapitels 26 von 1.639,895.700 S auf 1.659,895.700 S und die Gesamtausgabensumme dieses Kapitels von 1.649,172.500 S auf 1.669,172.500 S, schließlich die Einnahmensumme dieses Kapitels von 1.011,146.100 S auf 1.023,146.100 S.

Die dem Bericht beigedruckten Resolutionen werden vom Finanz- und Budgetausschuß dem Hause zur Annahme empfohlen. Der

Entschliebung Nr. 1 liegt ein Antrag der Abg. Dr. Pittermann und Dipl.-Ing. Raab, der Entschliebung Nr. 2 ein Antrag der Abg. Dr. Pittermann und Prinke, der Entschliebung Nr. 3 ein Antrag der Abg. Holzfeind, Prinke und Voithofer, der Entschliebung Nr. 4 ein Antrag der Abg. Eibegger und Dipl.-Ing. Raab, der Entschliebung Nr. 5 ein Antrag der Abg. Mark und Frisch zugrunde.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 4: Staatsschuld, dem Kapitel 5: Finanzausgleich, dem Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung), dem Kapitel 16: Finanzverwaltung, dem Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, dem Kapitel 18: Kassenverwaltung, dem Kapitel 25: Postsparkassenamt, dem Kapitel 26, Titel 1 (Besatzungskosten), Titel 3 (Durchführung des Staatsvertrages — Verrechnungsansatz), Titel 4 Ausgabenseite (Kinderbeihilfen), Titel 4 Einnahmensseite (Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe — Zweckgebundene Einnahmen), Titel 4 a Ausgabenseite (Ernährungsbeihilfen), Titel 6 Ausgabenseite (Erfüllung von Rückgabeansprüchen), Titel 6 Einnahmensseite (Erlös aus zugunsten des Staates verfallenem NS-Eigentum) und Titel 7 Ausgabenseite (Entschädigungen an politisch Verfolgte), dem Kapitel 27: Monopole, samt den dazugehörigen Geldvoranschlägen (Anlagen II/2, II/3, II/4), und dem Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag (Anlage III/7), des Bundesvoranschlages 1952 in der vom Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Fassung wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die beigedruckten Entschliebungen werden angenommen.

Ich bitte das Hohe Haus, in die Beratung über diese Gruppe einzutreten.

Die fünf Entschliebungen haben folgenden Wortlaut:

1.

Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, dem Nationalrat Vorschläge zu machen, die durch Änderung der bestehenden Haushaltsverordnung eine Finanzierung öffentlicher Bauten auch über das Ende des Finanzjahres hinaus ermöglichen.

2.

Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, die ihm unterstehenden Finanzämter anzuweisen, daß sie aus den bei ihnen erliegenden Steuererklärungen den

2908 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

Mietern oder deren Bevollmächtigten Auskunft über die Höhe der Jahresfriedenszinse 1914 geben.

3.

Das Pensionsüberleitungsgesetz vom 13. Juli 1949, BGBl. Nr. 187, sieht die stufenweise Angleichung der Altpensionisten an die Neupensionisten vor. Bisher wurden nur zwei Stufen, und zwar auf 85 % mit 1. Jänner 1950 und mit 1. Juli 1951 auf 95 %, durchgeführt.

Das Bundesministerium für Finanzen wird aufgefordert, zur endlichen vollen Durchführung des Pensionsüberleitungsgesetzes so Vorsorge zu treffen, daß die restliche Angleichung verwirklicht werden kann.

4.

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, in der Angelegenheit der Aufhebung der Befreiung von der Gewerbesteuer und damit in Verbindung von der Lohnsummensteuer der Bundesbetriebe, der Monopolverwaltung und der staatlichen Lotterieunternehmungen sowie der Oesterreichischen Nationalbank

1. raschest Verhandlungen mit dem Oesterreichischen Städtebund und dem Oesterreichischen Gemeindebund aufzunehmen und
2. nach Herstellung eines Einvernehmens mit diesen Verbänden einen dem Verhandlungsergebnis entsprechenden Gesetzentwurf dem Nationalrat vorzulegen.

5.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, jene Beträge, die infolge der Einstellung der Bezahlung der Zensurangestellten erspart werden, für die Erfüllung der Ansprüche politisch Verfolgter (Haftentschädigung und Beamtenentschädigung) (Kapitel 26, Titel 7) zu verwenden.

Präsident **Böhm**: Ich unterbreche nunmehr die Debatte über die Gruppe XI, um die Abstimmung über die Gruppen VII, VIII, IX und X vorzunehmen. Ich ersuche die Herren Spezialberichterstatter, bei der Abstimmung beim Rednerpult Platz zu nehmen.

Bei der Abstimmung wird den Gruppen

VII: Kapitel 15: Soziale Verwaltung, Kapitel 28, Titel 9: Bundesapotheken, und Kapitel 28, Titel 10: Serotherapeutisches Institut;

VIII: Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28, Titel 3: Oesterreichische Bundesforste;

IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten, sowie

X: Kapitel 24: Verkehr, Kapitel 28, Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen,

in der von den Spezialberichterstattern beantragten Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Die beiden Ausschußentschließungen zu Gruppe VIII (S. 2727) und die Ausschußentschließung zu Gruppe IX (S. 2799) werden angenommen.

Präsident **Böhm**: Wir gelangen nun zur Abstimmung über die vom Herrn Spezialberichterstatter zur Gruppe X: Verkehr, empfohlenen Entschließungen. Über Wunsch schlage ich vor, die Abstimmung über die Entschließungen 1 und 2 gesondert von der Entschließung 3 vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Das ist nicht der Fall. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Bitte den Inhalt der Entschließungen bekanntzugeben!*) Sie sind Ihnen bekannt, meine Herren! Ich kann nicht jede Entschließung verlesen. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Nur mit einem Wort!*) Sie haben sie in der Vorlage. (*Zwischenrufe.*)

Hierauf werden auch die Ausschußentschließungen 1, 2 und 3 (S. 2855) zu Gruppe X angenommen.

Präsident **Böhm**: Wir setzen nun die Beratungen über die Gruppe XI fort. Ich erteile dem Herrn Abg. Honner das Wort.

Abg. **Honner**: Sehr geehrte Damen und Herren! Das Budget für den Bundeshaushalt 1952, dessen letztes und wichtigstes Kapitel wir nun behandeln, steht bereits im Schatten der herannahenden großen Krise der Marshall-Politik, deren Vorzeichen in den Ländern des Marshall-Blocks schon seit längerer Zeit zu beobachten sind. Die Maßnahmen, die von unserer Regierung auf Grund von Weisungen der Pariser Zentralstellen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Marshall-Länder ausgearbeitet werden, um der drohenden Weltinflation im österreichischen Abschnitt der Marshall-Front zu begegnen, sind kein gutes Omen für das Budget, das nun vor der Beschlußfassung steht.

Die amerikanischen Beobachter und Kontrolloren, die ständig in den Marshall-Ländern sitzen oder herumreisen, sind von den Beobachtungen und Ergebnissen ihrer Inspektionsreisen wenig erfreut. Vollends sind sie unzufrieden damit, daß die Wirtschaft mancher Marshall-Länder in diesem Jahr nicht, wie

von oben her schon längst angeordnet, voll und ganz in den Dienst der amerikanischen Kriegsvorbereitungen gestellt ist. Es macht diesen Kontrolloren sehr wenig aus, daß sehr erhebliche Beträge der Marshall-Hilfe im Sumpf der Korruption verschwunden sind. Die Marshall-Kontrollore schwingen nun stärker die Marshall-Peitsche über jenen Ländern, die sich nicht bedingungslos dem amerikanischen Diktat beugen. Bei der österreichischen Regierung haben sie dies allerdings nicht nötig, denn diese hat vom ersten Tag des Wirksamwerdens des Marshallplans bedingungslos und ohne Widerrede gehorsam die Befehle ausgeführt, die ihr auf Weisung des Zentralbüros des ERP durch die in Wien sitzenden Kontrollore übermittelt worden sind.

Während der Beratungen über das vorliegende Budget hat eine Reihe von Vertretern der Regierungsparteien das Hohelied der Marshall-Hilfe gesungen und behauptet, unser Volk wäre ohne diese Hilfe verhungert. Es hat im Gegensatz zu diesen Volksvertretern auch Abgeordnete gegeben, die nicht ganz derselben Meinung waren. So hat zum Beispiel der Abg. Dr. Pittermann schon bei früheren Anlässen an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Marshall-Hilfe in Wirklichkeit keine Hilfe für das österreichische Volk, sondern vielmehr eine Hilfe für die österreichischen Kapitalisten gewesen ist. Dieselbe Meinung vertritt der sozialistische Chefredakteur des Organs der Wiener Arbeiterkammer „Arbeit und Wirtschaft“, der die Frage, wem die Marshall-Hilfe geholfen hat, folgendermaßen beantwortet:

Die Hilfe, die der Marshallplan der Wirtschaft geboten hat, ist gar nicht oder nur in einem unzulänglichen Ausmaß bis zu den breiten Arbeitermassen herabgelangt, sondern oben, ganz oben bei den Unternehmern steckengeblieben, denen er eine Quelle der Bereicherung bot, die sie weidlich ausnützten, während sich der Lebensstandard der Arbeitermassen nicht verbessert, wenn nicht sogar verschlechtert hat.

Diese Feststellungen im Organ der Arbeiterkammer und die Kritik, die der Abg. Olah beim Kapitel Bundeskanzleramt an der österreichischen Verwaltung der Marshall-Hilfe und an der dabei zutage getretenen Freunderlwirtschaft übte, bestätigen nur, was wir vom Linksblock wiederholt vom ersten Tag des Wirksamwerdens des Marshallplans an gesagt haben, daß es sich dabei nämlich nicht, wie man immer behauptete, um einen Hilfsplan, sondern umgekehrt um einen sehr raffinierten Plan zu einer stärkeren Ausplünderung des österreichischen Volkes im Dienste der amerikanischen Kriegsvor-

bereitungen und zur Bereicherung der in- und ausländischen, der amerikanischen Kapitalisten, handelt. Darin liegt nun aber auch die Ursache, daß die Abwicklung der Marshall-Hilfe einer demokratischen, parlamentarischen Kontrolle entzogen wurde, deren Fehlen der sozialistische Abg. Dr. Migsch im Finanz- und Budgetausschuß auch sehr beanstandet hat.

Heute bekommen wir von den Amerikanern für ihre Hilfe die Rechnung präsentiert, deren Einlösung wesentlich zu den Schwierigkeiten beiträgt, die auf unsere Wirtschaft und auf unseren Staatshaushalt drücken. Für ihre Konserven fordern sie Eisen und Stahl, für ihre Ausschußgüter den Ausverkauf unseres Landes an die amerikanische Kriegswirtschaft. Wie ganz Westeuropa, so muß auch unser kleines Österreich in einem immer größeren Maße die Kriegswirtschaft Amerikas subventionieren. Obwohl wir heute weit mehr Eisen und Stahl erzeugen als jemals in der Vergangenheit, leidet unsere eisenverarbeitende Industrie unter einem immer fühlbarer werdenden Mangel an Rohstoffen. An unseren Wäldern wird Raubbau betrieben, aber unsere Industrie hat zu wenig Holz, zu wenig Papier, zu wenig Kartonagen und Pappe; denn was produziert wird, das wird zum größten Teil ans Ausland abgegeben, wird an die amerikanische Kriegswirtschaft zu Preisen verschachert, die in den meisten Fällen beträchtlich unter dem Weltmarktniveau und nicht selten auch unter dem Niveau der österreichischen Inlandspreise liegen.

Für eine Tonne Aluminium zahlen die USA nicht einmal 9000 S, aber in Österreich müssen schon im Großhandel 12.000 S pro Tonne bezahlt werden. Stickstoffdünger kostet in Österreich pro Tonne 1140 S, aber an die Amerikaner wird er um 700 S pro Tonne geliefert. Eisen und Stahl werden über amerikanischen Auftrag zu Preisen exportiert, die bis zu 40 Prozent unter den Weltmarktpreisen liegen. Während in Österreich die Strompreise ununterbrochen erhöht werden, wird unser Strom in die amerikanischen Rüstungszentren Westdeutschlands zu einem unerträglich niedrigen Verrechnungssatz geliefert.

Diese immer ärger werdende Ausplünderung unseres Landes zugunsten der amerikanischen Kriegswirtschaft ist die Ursache dafür, daß wir von einer Krise in die andere, von einem Lohn- und Preispaakt in den anderen hineinschlittern, daß die Steuerlasten ständig wachsen, daß die Preise fortgesetzt steigen, daß trotz der vielen Währungsreformen der Wert unseres Schillings immer geringer wird und daß unser arbeitendes Volk immer ärmer wird. Diese Tatsachen finden auch in dem

2910 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

vorliegenden, nun vor der Beschlußfassung stehenden Bundesvoranschlag für 1952 ihren Niederschlag.

Im Juni des kommenden Jahres geht die Marshall-Hilfe zu Ende — zumindest in der bisherigen Form. Die Regierung klammert sich wie ein Ertrinkender an den Strohalm, an die Hoffnung, die amerikanischen Herren würden für Österreich doch eine Ausnahme machen und die Hilfe über die vorgesehene Frist hinaus verlängern. Unsere Regierung hat auch gehofft, Österreich würde ausnahmsweise den geforderten Restbetrag von 190 Millionen Dollar erhalten. Nach den letzten Zuweisungsverfügungen bekommen wir aber nur 101 Millionen Dollar; aber die Berechnungen dieses Budgets waren auf dem vollen Betrag aufgebaut. Darum jetzt schon die Schwierigkeiten, noch ehe das Budget beschlossen ist. Es ist besonders die Frage, mit welchen Mitteln die bereits begonnenen Bauten fortgesetzt und durchgeführt werden und die für die dringendsten Investitionen erforderlichen Beträge bereitgestellt werden könnten.

Wie leichtfertig unsere Regierung diesen wirtschaftlichen und finanziellen Erfordernissen gegenübersteht, ist einer Äußerung des sozialistischen Abgeordneten Dr. Migsch im Finanz- und Budgetausschuß zu entnehmen, in der er hervorhob, daß es in Österreich keine einzige Stelle gab, die sich die Frage vorlegte, wie es sein wird, wenn die amerikanische Hilfe zu Ende geht. Diese Äußerung ist charakteristisch für die Planlosigkeit, die offensichtlich in unserer Regierung herrscht.

Der Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Dr. Franz Nemschak, hat unlängst in einem Vortrag zu der kritischen Lage der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Finanzen Stellung genommen und gesagt, daß trotz dreier Währungsreformen und fünf Lohn- und Preispakten — und trotz Marshall-Hilfe, möchte ich hinzufügen — die Lage unseres Landes kritischer ist als jemals zuvor. Er macht den maßgeblichen Persönlichkeiten den Vorwurf, daß sie die ernstesten Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, nicht wahrhaben wollen.

Für uns ist es ganz klar, daß das Lamento über die Kürzung der Marshall-Hilfe und über unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht zuletzt auch den Zweck verfolgt, dem arbeitenden Volk unseres Landes mit Berufung auf eben diese Schwierigkeiten weitere Lasten aufzubürden und seinen Lebensstandard noch weiter herabzudrücken. Die jüngsten Mitteilungen über die dringlichen Beratungen des Wirtschaftsdirektoriums und die gestern

in der Versammlung der österreichischen Industriellen beschlossene Resolution und der Inhalt dieser Resolution weisen ganz klar und deutlich in diese Richtung, nämlich dahin, daß die Absicht besteht, dem österreichischen Volk noch mehr und noch größere Lasten aufzubürden, als dies heute schon der Fall ist. Je höher die Steuern, die Preise und die Mietzinse sind, desto weniger Lebensmittel, Haushaltsgegenstände, Textilien, Schuhe und dergleichen kann sich die Bevölkerung kaufen, aber desto mehr Rohstoffe und Halbfabrikate werden für die amerikanische Aufrüstung frei. Das ständige Gerede, daß wir Österreicher über unsere Verhältnisse leben und daß es daher an der Zeit sei, den Riemen enger zu schnallen und den Brotkorb höher zu hängen, hat nur den Zweck, die von amerikanischer Seite geforderten neuen Belastungen und Einschränkungen zu begründen und zu rechtfertigen.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede, die er am 24. Oktober anlässlich der Einbringung des Bundesvoranschlages für 1952 hier im Haus gehalten hat, erklärt, er habe sich bei der Erstellung des Budgets von dem obersten Grundsatz leiten lassen, daß die Vollbeschäftigung in der Produktion für das Inland bei gleichzeitig möglicher Steigerung der Produktion für den Export unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Es ist interessant, daß in der gestern vom Industriellenverband beschlossenen Resolution gerade von dieser entscheidenden Voraussetzung, nämlich die Vollbeschäftigung in unserem Lande aufrechtzuerhalten, mit keinem Wort mehr die Rede ist.

Es wird wohl kaum jemanden in diesem Haus geben, der daran zweifelt, daß der Erfolg des nahezu 20-Milliarden-Budgets sehr weitgehend von der Erhaltung der Vollbeschäftigung abhängen wird. Um aber die Vollbeschäftigung zu erhalten und zu sichern, genügt die Deklaration eines solchen Wollens allein nicht. Dazu ist notwendig, daß die Bevölkerung unseres Landes in der Lage ist, die bei einer Vollbeschäftigung für den Inlandsmarkt produzierten Güter und Waren auch kaufen zu können. Um kaufen zu können, darf man aber nicht die Kaufkraft der Bevölkerung ständig senken, wie es die Regierung fortgesetzt tut, sondern man muß sie erhöhen. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß bei der jetzigen Kaufkraft der arbeitenden und konsumierenden Bevölkerung unseres Landes die Vollbeschäftigung erhalten und gesichert werden kann.

Kann man nun sagen, daß die Politik der Regierung auf die Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung ausgerichtet ist? Nein, das

kann man wahrlich nicht sagen! Es ist vielmehr umgekehrt der Fall: Die Politik der Lohn- und Preispakete, die antisoziale Sozialpolitik, die Steuerpolitik, die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik der Regierung, die unersättliche Profitgier der Warenproduzenten und des Großhandels, der von der Regierung geduldet und nicht selten durch ihr Beispiel geförderte Preiswucher haben den Lebensstandard der arbeitenden Menschen in unserem Lande sehr tief herabgedrückt und das Einkommen der kleinen Leute weitgehend entwertet. Das Ergebnis ist, daß schon heute die Kaufleute und die Warenproduzenten darüber klagen, daß sich die Lagerbestände in den Läden und in den Magazinen anhäufen.

Wenn die Regierungspolitik in ihrer bisherigen Form und ihrem bisherigen Kurs beibehalten wird, dann kann man jetzt schon sagen, daß die Vollbeschäftigung, von der der Herr Finanzminister die Aufrechterhaltung dieses Budgets weitgehend abhängig macht, ein frommer Wunsch bleiben wird. Die Tatsache, daß wir trotz einer nicht unerheblichen Rüstungskonjunktur derzeit wieder an die 100.000 registrierte Arbeitslose haben, eine Erscheinung, die nur zum Teil saisonbedingt ist, sollte den Verantwortlichen in diesem Staate eine sehr ernste Warnung sein. Wir hören zwar von Zeit zu Zeit, daß sich ein Ministerkomitee mit Arbeitsbeschaffungsplänen beschäftigt, was aber bisher dabei herausgekommen ist, ist die Rückkehr zu den Bewirtschaftungsmaßnahmen aus der Kriegszeit.

Um die Wirtschaft zu beleben und den Warenabsatz zu sichern und damit auch die Vollbeschäftigung unserer Arbeiterschaft und unserer Betriebe, von der im Verlauf der bisherigen Budgetdebatte so viel geredet worden ist, zu sichern, ist nötig, daß die Löhne und Gehälter, die Pensionen und Renten, kurz das Einkommen der kleinen Leute erhöht und gleichzeitig die Preise, die bei uns vielfach das Weltmarktniveau überschritten haben, wirklich erheblich gesenkt werden. Aber in der gestern beschlossenen Resolution unserer österreichischen Industriellen ist nicht davon die Rede, daß die „Preissenkungsaktion“ — in Anführungszeichen — weiter durchgeführt und intensiviert werden soll, sondern im Gegenteil, es wird auf dieser Versammlung bereits mit neuen Preissteigerungen gedroht, wenn nämlich das Parlament, die Volksvertretung, den Wünschen und Forderungen der Unternehmer und Kapitalisten gegenüber sich ablehnend verhalten sollte.

Die Erhöhung der Löhne wäre ohne weiteres durchführbar. Es müßten sich eben die

kapitalistischen Großverdiener in unserem Land mit weniger Profit begnügen, und die Steuerlasten müßten mehr auf die tragfähigeren Schultern der Reichen überwältigt werden. Stabile Preise und Löhne, die in einer richtigen Relation zueinander stehen, also nicht so, wie es bei der gegenwärtigen Preisschere der Fall ist, würden auch den Schilling stabilisieren, das Vertrauen zu unserer Währung wiederherstellen und den Sparwillen im Volke fördern.

Geht nun die Regierung einen solchen Weg? Nein! Sie geht den umgekehrten Weg, sie geht den Weg, der in die Krise, der unvermeidlich in die Katastrophe führen muß und führen wird.

Die zweite Seite des Problems der Vollbeschäftigung ist die Frage, ob es gelingt, ein weiteres Absinken unseres Exportes zu verhindern. Nach einer Rede des Herrn Bundeskanzlers bei einem Erntedankfest in Pottenstein ist eine Steigerung unseres Warexportes um mindestens 1 Milliarde Schilling jährlich notwendig, um eine Gefahr für unsere Wirtschaft und Währung von dieser Seite, von der Exportseite her auszuschalten.

Tatsache aber ist, daß seit längerer Zeit die Exportziffern eine sinkende Tendenz und keine steigende aufweisen. Für diese Erscheinung gibt es eine Reihe von Gründen. Der Hauptgrund ist die einseitige Orientierung unseres Außenhandels nach dem kapitalistischen, von Amerika beherrschten Westen, vor der wir immer wieder gewarnt haben, weil wir die Folgen, die sich jetzt schon einstellen, vorausgesehen haben. Wie aber, so fragen wir uns, wird sich die Exportlage gestalten, wenn der Kalte Krieg und damit die Nachfrage nach Rohstoffen und Halbfabrikaten für den Rüstungsbedarf ein Ende nehmen und der Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte mit voller Wucht zum Ausbruch kommen wird? Wie soll unser kleines Land gegenüber den großen Wirtschaftsmächten in einem solchen Konkurrenzkampf bestehen? Aber darüber macht sich anscheinend unsere Regierung keine Sorgen. Wir können es uns ja im Gegensatz zu dem viel größeren und einflußreichen England leisten, auf den Warenaustausch mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie zu verzichten! Die von einzelnen Rednern der Regierungskoalition schon mehrmals hier im Hause abgegebene Erklärung, daß man mit den Volksdemokratien nicht Handel treiben könne, weil wir von dort nur Tomatenmark und Sauerkraut für unsere guten Maschinen bekommen könnten, ist nicht nur eine blöde und idiotische Unwahrheit, sondern auch — wenn diese Erklärungen immer wieder

2912 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

von dieser Stelle aus abgegeben werden — geeignet, unserem Land schwersten Schaden zuzufügen.

Neben dem Fehlen guter Handelsbeziehungen mit den Staaten Osteuropas gibt es sicherlich noch eine Reihe anderer Gründe, die unseren Export hemmen und zu sinkenden Exportziffern und -erlösen führen. Das sind unter anderem die bürokratischen Hemmnisse in der Zentralstelle unseres Außenhandels, die man nun abzubauen beginnt, und die Verschiebungen namhafter Exporterlöse auf ausländische Konten, statt daß diese der österreichischen Wirtschaft zugeführt werden.

In diesem Zusammenhange möchte ich an den Herrn Finanzminister die Frage richten, was an dem Vorwurf wahr ist, den die Europäische Zahlungsunion laut „New York Times“ vom 4. Dezember dieses Jahres gegen die österreichische Regierung erhoben hat, daß zwischen den Veröffentlichungen der Europäischen Zahlungsunion, der EZU, und der öffentlichen Zahlungsbilanz Österreichs eine große Diskrepanz besteht, daß also hier etwas nicht stimmt, und ferner, daß die österreichische Regierung spekulative Operationen fördert und betreibt, die darauf zurückzuführen sind, daß viele Auslandsexporte absichtlich unterfakturiert werden.

Wenn diese Vorwürfe wahr sein sollten, kann man nur feststellen, daß ein solches Verhalten nur geeignet ist, unsere Exportschwierigkeiten noch zu vermehren. Wir fragen uns angesichts der ganzen Situation auf dem Gebiete unseres Exportes, worauf der Herr Finanzminister seinen Optimismus gründet, der ihn erwarten läßt, daß wir unseren Export namhaft steigern werden können. Wir fürchten sehr, daß wir im Ablauf des beginnenden Budgetjahres noch manche schlimme Überraschung erleben werden.

Das vorliegende Budget ist auch auf die Annahme aufgebaut, daß es im kommenden Jahre gelingen wird, das Milliardendefizit der Bundesbahnen abzubauen. Im Budget ist tatsächlich bereits eine Ersparungssumme, die an die Dreiviertelmilliarden-Grenze heranreicht, eingebaut. Wie soll dies nun erreicht werden? Durch Erhöhung der Gütertarife, wie wir gehört haben, und durch weiteren Personalabbau bei den Bundesbahnen. Wir aber fürchten sehr, daß gerade solche Maßnahmen sehr schlimme Auswirkungen, nicht nur auf die Bundesbahnen, sondern auch auf die österreichische Wirtschaft, auf die Preisgestaltung haben und zu neuen Preisauftrieben und damit auch zu sehr gefährlichen Auswirkungen auf dieses Budget, das wir noch nicht beschlossen haben, führen könnten.

Wir haben gehört, daß im letzten Ministerrat ein Beschluß gefaßt wurde, die Frage der Umwandlung der Österreichischen Bundesbahnen in einen selbständigen Wirtschaftskörper zu prüfen. Was steckt dahinter? Wir haben schon einmal ein solches Experiment erlebt und sehr schlimme Lehren daraus gezogen. Ich sage es ganz offen heraus: Wir haben den starken Verdacht, daß sich die Regierung oder einzelne ihrer Mitglieder mit der Absicht tragen, die Österreichischen Bundesbahnen ausländischen Kapitalisten in die Hände zu spielen. Solche Gerüchte hat es schon vor einiger Zeit gegeben (*Bundesminister Dr. Margarétha: Das glauben Sie doch selber nicht!*), und man hat auch schon gehört, daß das ausländische Kapital nicht abgeneigt wäre, Geld in dieses Unternehmen zu investieren. Wenn man aber diese Absicht im Auge haben sollte, dann würde es sich bald als Irrtum herausstellen, zu glauben, daß man sich auf solche Art der budgetären Sorge entledigen könne.

Ein anderer Unsicherheitsfaktor, der das vorliegende Budget bedroht, ist der Zustand unserer Finanzlage und unserer Währung, der durch die Wirtschaftslage und die tiefgehende Vertrauenskrise zum Schilling hervorgerufen wird, weil niemand weiß, was der Schilling am nächsten Tag wert ist. Der ungesunde Zustand unserer Währung äußert sich in dem ständigen und rapiden Anwachsen des Banknotenumlaufes, der in der ersten Dezemberwoche dieses Jahres über 7-9 Milliarden Schilling betrug, bei einem Gesamtzahlungsmittelumlauf von 21 Milliarden Schilling; ferner in der rapiden Preisentwicklung nach oben und in dem 20-Milliarden-Budget, das vor uns liegt. Die Tendenz zur offenen Inflation ist allerdings nicht eine spezifisch österreichische Erscheinung, sie ist in allen Marshall-Ländern vorhanden und eine Folge der gewaltigen Kriegsrüstungen der amerikanischen Imperialisten, die die Völker der Marshall-Länder mit Wirtschafts- und Währungsverfall bezahlen müssen.

Die Pariser Verwaltung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Marshall-Länder, OEEC, hat kürzlich an die Tagung des Europarates in Straßburg ein Memorandum zur Bekämpfung der wachsenden Inflationsgefahr gerichtet. Die darin empfohlenen antiinflationistischen Maßnahmen lassen sich kurz mit folgenden Schlagworten zusammenfassen: Produktionssteigerung bei gleichzeitiger Härte gegenüber Lohnforderungen; Drosselung der Konsumgüterindustrie — Amerika hat bereits angekündigt, daß 1952 eine beträchtliche Einschränkung des Zivilverbrauches erfolgen müsse —, dafür aber

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951. 2913

Ausbau der Rüstungsindustrie und der Gewinnung strategischer Rohstoffe; Eindämmung der zivilen Staatsausgaben, wie es in diesen Empfehlungen heißt, was nur so verstanden werden kann, daß wiederum bei den zivilen Staatsausgaben und vor allem bei den Ausgaben für soziale Fürsorgezwecke gespart werden soll. Aber dafür sollen die Ausgaben für militärische Zwecke eine Steigerung erfahren. Weiter: Verschiebung von weniger wichtigen Investitionen, Kreditrestriktionen und Zinsverteuerungen. Das sind die Empfehlungen dieses Pariser Büros der Organisation für Zusammenarbeit der Marshall-Länder.

Diese Empfehlungen, die auch für Österreich ihre Geltung haben, sind, wie man auf den ersten Blick feststellen kann, durchwegs antisozial, arbeiter- und volksfeindlich. Aber sie stimmen völlig überein mit den Maßnahmen, die unsere Regierung bereits ergriffen hat und die zweifelsohne, wie die Mitteilungen aus dem wirtschaftlichen Ministerkomitee und die gestrige Entschließung der Unternehmer zeigen, in dieser Richtung noch weiter getroffen werden. Die Herren, die über unsere Wirtschaft gebieten, haben ja bereits Forderungen angemeldet, die diesen Empfehlungen Rechnung tragen. Und unsere Banken, die Nationalbank ebenso wie die beiden verstaatlichten Großbanken, arbeiten heute schon nach diesen Weisungen.

Es ist notwendig, daß wir uns in diesem Zusammenhang auch etwas mit der Rolle der Banken beschäftigen, vor allem mit den Großbanken, da über sie in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit mehr gesprochen worden ist. Ich lasse zuerst die „Arbeiter-Zeitung“ sprechen, die am Dienstag dieser Woche über die Creditanstalt und über die Länderbank, also über die beiden Großbanken, die ja auch unsere Wirtschaft und Industrie dirigieren, folgendes schrieb:

„Die größten zwei Kreditinstitute, die etwa vier Fünftel des gesamten Bankgeschäftes beherrschen, sind wohl verstaatlicht und unterstehen theoretisch dem Finanzminister — aber sie tun praktisch, was sie wollen.“ Hier bin ich anderer Meinung, denn ich glaube, daß der Herr Finanzminister sehr gut weiß, was die beiden Banken anstreben, und daß ihm das, was sie tun, ganz und gar nicht unangenehm ist.

Die „Arbeiter-Zeitung“ sagt dann weiter: „Die Geschäfte dieser Bank werden nicht viel anders geführt als zu der Zeit, da sie privaten Aktionären gehörten. Die Direktoren — und dies gilt insbesondere für die größere der beiden — — also für die Creditanstalt — „fühlen sich keineswegs als Beauf-

tragte der Allgemeinheit, die die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung zu unterstützen hätten, sondern sie wollen Geschäfte machen, bei denen viel zu verdienen ist. Das hat“ — laut „Arbeiter-Zeitung“ — „dazu geführt, daß die Banken zu viele Kredite und für Zwecke gegeben haben, die die Wirtschaft als Ganzes schädigen: Kredite, die die Warenhortung gefördert, die Durchführung von fragwürdigen Kompensations- oder Importgeschäften oder volkswirtschaftlich unerwünschten Investitionen ermöglicht haben.“

Ich möchte diesem gewiß nicht schmeichelfaften Urteil der „Arbeiter-Zeitung“ noch hinzufügen: In diesen Banken gibt es keinerlei Kontrolle, keine Bilanzen, keinen Einblick in die gesamte Gebarung, obwohl sie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch verstaatlichte Unternehmungen sind.

Wer steht denn nun an der Spitze dieser Banken? Der Aufsichtsrat der Creditanstalt setzt sich überwiegend aus altbewährten kapitalistischen Politikastern und Geschäftsmachern, wie Heini, Weinberger, Korp, sowie aus führenden Monopolkapitalisten, wie Lauda und Mayer-Gunthof, zusammen. An der Spitze steht als Vorstands-Vorsitzender und als Generaldirektor der alte Creditanstalt-Mann Dr. Joham. Allein die Herren Lauda, Mayer-Gunthof und Joham vereinigen als Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder führende Positionen in rund 40 der größten finanziellen und industriellen Unternehmungen und Konzerne auf sich. Es liegt auf der Hand, daß der Präsident der österreichischen Industriellenvereinigung, Lauda, der führende Mann der österreichischen Magnesitindustrie, nicht deswegen in der Creditanstalt sitzt, um irgendwelche gesamtstaatlichen Belange oder gar Volksinteressen zu wahren. Ebensowenig wird man vom Textil-, Papier- und Brauereimagnaten Mayer-Gunthof erwarten können, daß er seine Position in der Creditanstalt dazu benützt, um kreditbedürftigen Klein- und Mittelbetrieben dieser Branche die Kredite zur Verfügung zu stellen, damit sie mit der ihm nahestehenden Vöslauer Kammgarnfabrik, den Pottendorfer Spinnereien, der Hanf-, Jute- und Textilindustrie, dem Bunzl & Biach Papierkonzern oder der Brauerei Schwechat besser konkurrieren können. Es wäre wohl mehr als naiv, zu glauben, daß der Generaldirektor Joham seine Erfahrungen als Vorstandsmitglied der Creditanstalt in der Heimwehr- und Nazizeit heute dazu benützt, um die Creditanstalt in den Dienst des Volkes zu stellen.

Ein ähnlich apartes Bild wie die Creditanstalt bietet auch die verstaatlichte Länderbank, von der allerdings ein 30prozentiger

2914 74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951.

Aktienanteil wieder einer französischen Großbank zugeschanzt wurde, obwohl dieser Anteil schon in der Nazizeit an diese Großbank voll zur Auszahlung gelangt ist. Ist in der Creditanstalt die Industriellenvereinigung durch ihren Präsidenten Lauda vertreten, so ist sie in der Länderbank durch ihren Vizepräsidenten, den Abgeordneten dieses Hauses, Böck-Greissau, verankert. Gilt der Generaldirektor Joham von der Creditanstalt als der Vertrauensmann der ÖVP, so gilt der Generaldirektor der Länderbank Landertshammer als der Vertrauensmann der SPÖ. Die Creditanstalt ist die Bank der ÖVP, die Länderbank die Bank der SPÖ. So schrieb die „New York Times“, die es ja wissen muß, am 6. Dezember dieses Jahres und ferner, daß der Parteiproporz in den Spitzen der verstaatlichten Banken ebenso eingehalten wird wie in den verstaatlichten Industriekonzernen. Während von der sozialistischen Seite gerne behauptet wird, daß die Verstaatlichung öffentliche Kontrolle bedeute, schreibt die „New York Times“ ganz offen und unverblümt, daß die Leitungen der beiden österreichischen Großbanken ihre Angelegenheiten mit einer Unbekümmertheit um jede Kontrolle führen, um die sie die amerikanischen Privatbanken beneiden würden.

Es steht also fest, daß die beiden verstaatlichten Großbanken ihre Stellung in der österreichischen Wirtschaft dazu mißbrauchen, um großkapitalistischen Elementen auf Kosten der Allgemeinheit und der Steuerzahler Vorteile zuzuschancen und die kapitalistischen Machtpositionen in unserem Lande weiter auszubauen und zu verstärken. Die Kreditoperationen der beiden Großbanken laufen, wie die Praxis zeigt, darauf hinaus, die eigenen Konzerne zu begünstigen und die Außenseiter, die kleinen und mittleren Unternehmungen, zu schwächen und womöglich zugrunde zu richten. Darum ist es für einen kleinen und mittleren Unternehmer, für einen Geschäftsmann oder Gewerbetreibenden in unserem Lande gar so schwer, von diesen Banken Kredite zu erhalten.

Man muß also festhalten: In den Aufsichtsräten und Vorständen dieser beiden Banken sitzen Volksparteiler und Sozialisten. Der Direktor der Creditanstalt ist ein Mann der Volkspartei, der von der Länderbank ein Mann der SPÖ. Beide Parteien tragen also für die schädlichen, volksfeindlichen Umtriebe dieser beiden Banken die volle Verantwortung. Beide Banken wurden mit österreichischen Steuergeldern saniert, aber beide Banken dienen nicht dem Wohl des österreichischen Volkes, sondern den Interessen der in- und ausländischen Monopolkapitalisten. Über diese Tatsachen hat die „Arbeiter-Zeitung“ aller-

dings mit keinem Wort gesprochen, weshalb ich es für notwendig gefunden habe, diese Tatsachen hier festzuhalten.

Wen wundert es also noch, daß bei diesen Zuständen alle Anstrengungen des arbeitenden Volkes, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Landes zu überwinden, ergebnislos bleiben und ergebnislos bleiben müssen, daß die von den arbeitenden Menschen gebrachten Opfer nicht der Allgemeinheit, sondern einer Handvoll kapitalistischer Ausbeuter zugute kommen? Solange wir eine Regierung haben werden, die diese Umtriebe wirtschaftlicher Hochverräter duldet, und einen Finanzminister, der davon weiß und dem nicht entgegentritt, nicht dagegen einschreitet, nützen uns die sorgfältigst ausgearbeiteten Budgets nicht, müssen alle Anstrengungen zum Aufbau einer krisenfesten Wirtschaft und einer gesicherten Währung ergebnislos bleiben.

Man müßte es also als ein direktes Wunder bezeichnen, wenn dieses Budget nicht ebenso wie das für das Jahr 1951 im Verlaufe des Budgetjahres wesentlichen Veränderungen unterzogen werden müßte. Haben doch die kapitalistischen Kreise bereits jetzt ganz unverblümt und offen kategorische Forderungen angemeldet, die, wenn ihnen auch nur zu einem Teil Rechnung getragen wird, das ganze Budget, das wir beschließen sollen, über den Haufen werfen würden.

Diese Kreise, die kapitalistischen Kreise, die in den letzten Jahren seelenruhig Milliardengewinne einsteckten, verlangen jetzt einen Belastungsstopp und unter dem Titel Beseitigung der Besteuerung der Scheingewinne weitere Milliarden an Steuergeschenken auf Kosten der kleinen Leute. Sie wollen mit der Verweigerung des längst fälligen Arbeitszeitgesetzes die Schaffung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Schillingeröffnungsbilanz, und des Steueränderungsgesetzes nach ihren Wünschen erpressen: Gesetze, die den großkapitalistischen Häufischen und Banken die Handhabe für neuerliche außerordentliche Fischzüge liefern würden. Es ist ihnen nicht genug, daß sie von den 50 Milliarden Schilling Volkseinkommen im Jahre 1950 den größten Teil in ihre Taschen steckten, daß sie unter dem Titel einer vierfachen und einer weiteren zusätzlichen eineinhalbprozentigen Abschreibung für Abnutzung das legale Recht besitzen, sich in großem Umfang von den Steuerleistungen an den Staat zu drücken.

Die Kapitalisten und Unternehmer haben in den letzten Jahren unter dem Titel Investitionsbegünstigung sehr wesentliche Steuererleichterungen bekommen, und es ist bekannt, daß der Fiskus gegenüber großkapitalistischen Steuerschuldern ein großes Maß an Nachsicht

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1951. 2915

aufbringt. Es ist bekannt, daß aus der Marshall-Hilfe eine sehr große Zahl vorwiegend großkapitalistischer Elemente in Industrie und Landwirtschaft sehr beträchtliche Investitionen und Zuwendungen erhalten hat. Unsere Unternehmer jammern bei jeder Gelegenheit, und sie jammerten auch gestern wieder in ihrer Versammlung, wie schlecht es ihnen geht und welche großen Lasten ihnen aufgebürdet werden. Man könnte manchmal fast den Eindruck gewinnen, daß sie wirklich arme Teufel sind, denen man noch etwas schenken müßte.

Es ist aber noch gar nicht so lange her, daß der Herr Vizepräsident der Österreichischen Industriellenvereinigung, der Abg. Böck-Greissau, von dieser Stelle aus mitgeteilt hat, daß die österreichischen Unternehmer zur Durchführung von Investitionen außerhalb der Zuwendungen aus dem Marshall-Fonds aus eigenen Mitteln noch die Summe von über 16 Milliarden Schilling aufgewendet haben. Eine sehr nette Summe, wenn man bedenkt, daß sie im Verlauf von knapp drei Jahren investiert werden konnte.

Um zu beweisen, wie schlecht es die österreichischen Unternehmer haben, führe ich noch ein anderes Beispiel an. Wir haben die vom Februar bis Oktober dieses Jahres in der „Wiener Zeitung“ und auch in den Zeitungen der Unternehmer veröffentlichten Bilanzen von 57 Aktiengesellschaften studiert und dabei folgende interessante Feststellung gemacht: Die Unternehmer, die Besitzer dieser 57 Aktiengesellschaften, haben im Jahre 1950 laut ihren eigenen Bilanzen einen Bruttogewinn von 439,024.000 S erzielt, während die Bruttolöhne und -gehälter aller Arbeiter und Angestellten dieser 57 Gesellschaften bloß 250,345.000 S betragen. Wenn man von den Bruttogewinnen dieser 57 Gesellschaften alle Steuern, Abgaben und Pflichtbeiträge abzieht, so verbleibt den Unternehmern und Aktionären dieser Gesellschaften noch immer ein Nettogewinn von 226 Millionen Schilling, fast so viel, wie alle Arbeiter und Angestellten dieser Unternehmungen an Bruttolöhnen und Gehältern bekommen haben.

Ich führe einige konkrete Beispiele an, die für die „Armut“ unserer Unternehmer zeugen:

Die Lenzinger Zellulose- und Papierfabrik hat einen Bruttogewinn von 40,247.000 S und Löhne und Gehälter in der Höhe von 16,431.000 S ausgewiesen, also nicht einmal die Hälfte ihrer Bruttogewinne ausgezahlt. Die Gösser Brauerei weist einen Bruttogewinn von rund 35 Millionen Schilling bei einer Lohn- und Gehaltssumme von 10,8 Millionen Schilling aus. Die Veitscher Magnesitwerke weisen einen Bruttoertrag von 59,381.000 S bei einer Lohnsumme von 38,328.000 S aus, und die Oberösterreichischen Kraftwerke weisen bei einem Bruttogewinn von 67,183.000 S eine Lohn- und Gehaltssumme — ebenfalls in brutto — von rund 26 Millionen Schilling aus.

Diese wenigen Beispiele widerlegen wohl zur Genüge das Gerücht, daß unsere Unternehmer arme Teufel wären. Sie lächeln, Herr Abg. Böck-Greissau, weil Sie sich in Ihrer Lage sicher zufrieden fühlen. Wenn wir noch die Tatsache berücksichtigen, daß alle Bilanzen frisiert und die wirklichen Gewinne noch verschleiert werden, kann man sich eine ungefähre Vorstellung davon machen, welche Riesengewinne die Kapitalisten unseres Landes in den letzten Jahren eingesteckt haben.

Die von mir angeführten Zahlen widerlegen aber auch die Behauptung, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen und Überbrückungshilfen zu Preissteigerungen führen müssen. Die Zahlen, die ich genannt habe, beweisen sehr eindrucksvoll, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen und Überbrückungshilfen auf Kosten der Gewinne ohne jedwede Preiserhöhung möglich sind.

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Darf ich nun den Redner bitten.

Ich unterbreche nunmehr unsere Verhandlungen; es ist 1 Uhr.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Freitag, den 14. Dezember, 9 Uhr vormittag, ein. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Gruppe XI des Bundesvoranschlages 1952 und Verhandlung über die bereits im Finanz- und Budgetausschuß erledigten Vorlagen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr.

